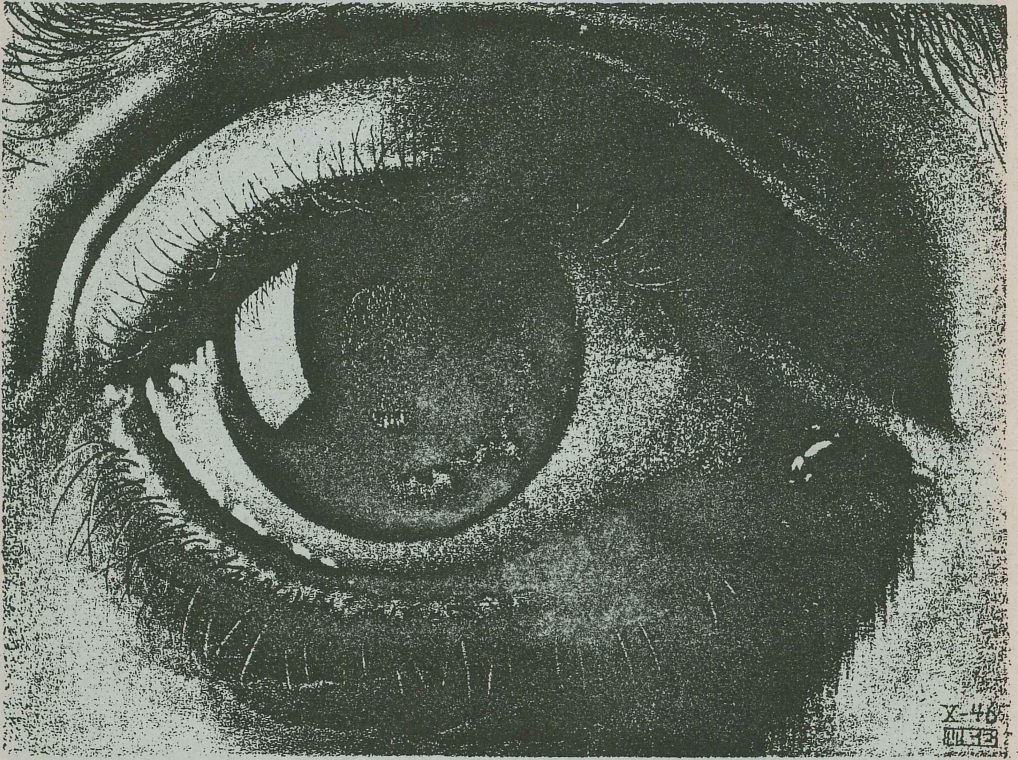


OUTPUT

Die Zeitung der Erlanger Informatik-Studentinnen und -Studenten



M. C. Escher 1946

Februar 1991

IMPRESSUM

OUTPUT ist die Zeitschrift der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten. Sie wird herausgegeben von der Fachschaftsinitiative Informatik. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Gerik Erik *Simone*
Christoph *Elke* *Dirk* *Jo-Peter* *Hilger*

V.i.S.d.P: *Britta Slopianka*, Turnstr. 7, 8520 Erlangen

Datum: *3.2.1991*

Auflage: *1300*

Druck: Druckladen, Bismarckstraße

INHALT:

Impressum	2
Editorial	3
Schwerpunkt Golfkrieg	
Metaphors can kill - eine linguistische Analyse	4
Da gibt es nur eins	14
Die Welt konnte nicht länger warten?	16
Der letzte Krieg	22
KRIEG!	23
Resolution der UNI-VV vom 31.1.91	26
Ermittlung gegen "Deserteure"	28
With God on our Side	29
Schwerpunkt Studienzeitverkürzung	
Studienkommissionssitzung am 19.12.90	30
Studienkommissionssitzung am 14.1.91	33
Stellungnahme der FSI zum Maßnahmenkatalog	37
Stellungnahme des Personalrats	39
Was steckt hinter der Studienzeitverkürzung?	42
FSI-Ratgeber Studienzeitverkürzung	45
Stellungnahme des AK Studienzeitverkürzung	46
Die ÖTV lädt ein	49
Volksentscheid "Das bessere Müllkonzept" am 17.2.	50
250 Jahre FAU - eine Realsatire	53

EDITORIAL

Alle sprechen vom Golfkrieg - wir auch.

Der größte Teil dieser Ausgabe behandelt ein Thema, von dem viele meinen, daß es uns als StudentInnen nichts angeht. Vielleicht nicht auf den ersten Blick, aber mensch darf nicht vergessen, daß auch an den Universitäten Rüstungsforschung betrieben wird. Als Menschen und politisch denkende und handelnde Wesen betrifft uns dieser Krieg auf jeden Fall. Heutzutage lassen sich Kriege nicht mehr auf "Krisenregionen" beschränken, sie betreffen alle Menschen auf der Welt. Wir können bei den menschenverachtenden Grausamkeiten, die uns die Medien vorenthalten, nicht wortlos bleiben. Die PolitikerInnen von heute beeinflussen mit ihren (Fehl-) Entscheidungen die Welt von morgen, in der wir einmal leben müssen.

Wir drucken in dieser Ausgabe einige zum Teil sehr persönliche Artikel von uns zu diesem Thema ab. Dem einen oder der anderen mögen diese eventuell zu einseitig erscheinen. Das liegt aber in erster Linie daran, daß wir von Euch nur selten Artikel erhalten, die eine andere Meinung widerspiegeln. Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe an, in unseren Beiträgen ein "ausgewogenes Meinungsspektrum" zu präsentieren. Wenn das OUTPUT auch weiterhin die Zeitung der Erlanger Informatikstudentinnen und -studenten bleiben soll, dann solltet auch Ihr Euren Beitrag dazu leisten.

Schon seit Beginn des Wintersemesters beschäftigt uns das Thema Studienzeitverkürzung. Es hat jedoch nicht an Aktualität eingebüßt, im Gegenteil: Bis zum 1.3.1991 soll die Rückmeldung der Universitäten an das MiWiKu über die Durchführbarkeit des Maßnahmenkatalogs erfolgen, ab dem 1.5. wird im Landtag darüber diskutiert. Die Universität Augsburg wird seit dem 28.2. aus Protest gegen das Vorgehen des Ministeriums bestreikt. Wir haben festgestellt, daß wir mit unserem Protest auf seiten der Hochschulleitung erfreulicherweise nicht auf völlig taube Ohren gestoßen sind. Die Bereitschaft unserer Profs, sich den Vorstellungen des Ministeriums entgegenzustellen, ist jedoch gering. Deswegen ist es auch weiterhin notwendig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und etwas dagegen zu tun!

Eure OUTPUT-Redaktion

METAPHORS CAN KILL

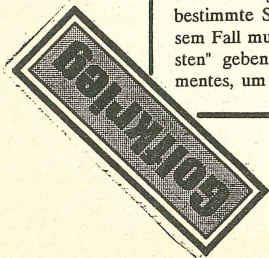
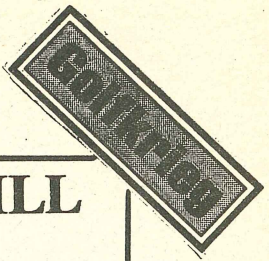
George Lakoff

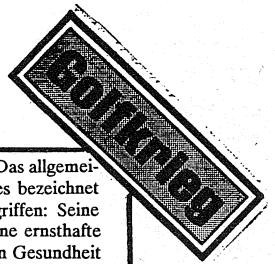
Metaphern können töten. Die Diskussion darüber, ob wir in einen Krieg am Golf gehen sollen, ist ein metaphorisches Panorama. Staatsminister Baker sieht Saddam "auf unserer ökonomischen Lebensader sitzen". Präsident Bush sieht ihn unsere Wirtschaft im "Würgegriff" halten. General Schwarzkopf charakterisiert die Besetzung Kuwaits als fortdauernde "Vergewaltigung". Der Präsident sagt, daß die USA im Golf sind, um "die Freiheit, unsere Zukunft und die Unschuldigen zu schützen", und daß wir "Saddam Hussein hinauswerfen müssen." Saddam wird mit Hitler verglichen. Es ist buchstäblich lebenswichtig, recht zu verstehen, welche Rolle metaphorisches Denken spielt, um uns an den Rande des Krieges zu bringen. Metaphorisches Denken ist, an sich, weder gut noch böse; es ist einfach alltäglich und unentrinnbar. Abstraktionen und hochkomplexe Situationen erfährt man gewöhnlich per Metapher. Es gibt tatsächlich ein sehr ausgeprägtes, und meistens unbewußtes Metaphernsystem, das wir automatisch und unreflektiert verwenden, wenn wir Komplexes und Abstraktes verstehen wollen. Ein Teil dieses Systems dient dazu, internationale Beziehungen und Krieg zu verstehen. Wir wissen heute genug über dieses System, um annähernd zu verstehen, wie es funktioniert. Das metaphorische Begreifen einer Situation erfolgt in zwei Schritten. Erstens ist da ein ausgedehntes, relativ stabiles Metaphern-Inventar, das unser Denken strukturiert. Beispielsweise könnte die Entscheidung, Krieg zu führen, als eine Form der Kosten-Nutzen-Analyse gesehen werden, bei der Krieg dann gerechtfertigt ist, wenn die Kosten, Krieg zu führen, geringer sind als die Kosten, keinen Krieg zu führen. Zweitens gibt es ein Inventar metaphorischer Definitionen, welches einem ermöglicht, eine Metapher auf eine bestimmte Situation anzuwenden. In diesem Fall muß es eine Definition von "Kosten" geben, einschließlich eines Instrumentes, um "Kosten" zu vergleichen. Der

Gebrauch einer Metapher mit einem Inventar wird bösartig, wenn er Wirklichkeit in einer schädlichen Weise verbirgt. Wichtig ist es zu trennen, was metaphorisch ist und was nicht. Leiden, Verstümmelung, Tod, Verhungern und Tod, Verletzung geliebter Personen sind nicht metaphorisch. Sie sind wirklich, und in einem Krieg könnten sie zig, ja hunderttausend von Menschen treffen, ob Iraker, Kuwaitier oder Amerikaner.

Krieg als Politik - Politik als Geschäft

Militärische Strategen mit internationalen Beziehungen verwenden die Metapher einer Kosten-Nutzen-Analyse. Sie erscheint als Metapher, die bei den meisten strategischen Denkern im Felde der internationalen Politik den Rang einer Definition hat. Clausewitz's Metapher: "Krieg ist Politik mit anderen Mitteln." Karl von Clausewitz war ein preussischer General, der Krieg in Begriffen einer politischen Kosten-Nutzen-Analyse wahrnahm. Jede Nation hat politische Ziele und Krieg kann diesen Zielen vielleicht am besten dienen. Die politischen "Gewinne" müssen gegen die annehmbaren "Kosten" verrechnet werden. Wenn die "Kosten" des Krieges die politischen "Gewinne" übersteigen, sollte der Krieg aufhören. Hierin steckt noch eine andere Metapher: Politik ist Geschäft, wo effizientes politisches Management als verwandt mit effizientem geschäftlichem Management gesehen wird. Wie in einem gut geführten Geschäft, sollte eine gut geführte Regierung sorgfältig Kosten und Gewinne abwägen. Diese Metapher der Politik, gemeinsam mit Clausewitz's Metapher, macht den Krieg zu einer Kosten-Nutzen-Analyse: Nützliche "Ziele" definieren, die "Kosten" abwägen und eine Entscheidung fällen, ob das Erreichen der Ziele die "Kosten" "wert" ist. Die New York Times vom 12. Dezember 1990 teilte in ihrer Titelstory mit, daß "eine nationale Debatte darüber begonnen hat, ob die Vereinigten Staaten in einen Krieg am Persischen Golf ziehen sollte. Die "Times"





beschrieb die Debatte als bestimmt von dem, was ich Clausewitz' Metapher genannt habe (obwohl sie diese Metapher wörtlich nahm), und erhob dann die Frage: "Was sind denn die nationalen politischen Interessen am Golf und welches Maß an Opfern sind sie wert?" Die Debatte ging nicht darüber, ob die Metapher von Clausewitz angemessen ist, sondern nur darüber, wie verschieden die Analytiker die relativen "Gewinne" und "Verluste" kalkulierten. Dasselbe galt für die Hearings des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen, wo die Metapher von Clausewitz den Rahmen liefert, innerhalb dem der größte Teil der Diskussion stattgefunden hat. Die breite Akzeptanz dieser Metapher stellt lebenswichtige Fragen: Was genau macht sie eher zu einer Metapher als zu einer wörtlichen Wahrheit? Warum erscheint sie Experten der Außenpolitik so natürlich? Wie paßt sie in das umfassende Metaphernsystem für auswärtige Beziehungen und Krieg? Und, am wichtigsten, welche Realitäten verbirgt sie? Um diese Fragen zu beantworten, betrachten wir nun das System metaphorischen Denkens, das am häufigsten in der allgemeinen Öffentlichkeit verwendet wird, um internationale Politik zu begreifen. Was folgt, ist eine zweiteilige Erörterung der Rolle, die metaphorisches Denken in der Golfkrise spielt. Der erste Teil stellt das zentrale Metaphernsystem dar, das beim Reden über die Krise verwendet wird: Sowohl das von Experten der Außenpolitik benutzte System als auch das System, das von der breiten Öffentlichkeit verwendet wird. Der zweite Teil erörtert, wie das System auf die Golfkrise angewendet wurde.

Teil I: Die Systeme Das Staat-als-Person System

Ein Staat wird als Person begriffen, die innerhalb einer Weltgemeinschaft in soziale Beziehungen eingebunden ist. Seine Landmasse ist sein Zuhause. Er lebt in einer Nachbarschaft und hat Nachbarn, Freunde und Feinde. Staaten sieht man so, als hätten sie ihnen innewohnende Veranlagungen: Sie können friedlich oder aggressiv sein, verantwortlich oder unverantwortlich, fleißig oder faul.

Wohlergehen ist Wohlstand. Das allgemeine Wohlergehen eines Staates bezeichnet man mit ökonomischen Begriffen: Seine ökonomische Gesundheit. Eine ernsthafte Bedrohung der ökonomischen Gesundheit kann so als Todesbedrohung gesehen werden. In dem Ausmaße, in dem die Wirtschaft einer Nation von fremdem Öl abhängt, wird diese Ölversorgung zu einer "Lebensader" (noch verstärkt durch das Bild einer Ölpipeline).

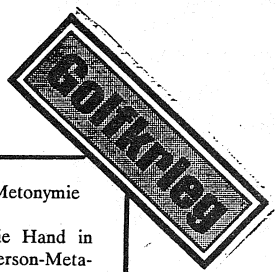
Stärke eines Staates ist militärische Stärke

Reife einer Staat-Person ist Industrialisierung. Nichtindustrialisierte Staaten sind "unterentwickelt", mit dem Ziel des natürlichen Zustandes der Industrialisierung. Dritte-Welt-Länder sind auf diese Weise unreife Kinder, die man belehrt, sich ordentlich oder diszipliniert zu entwickeln, wenn sie ausscheren. Nationen, die nicht eine Industrialisierungsstufe erreichen, die als normal angesehen wird, betrachtet man wie zurückgebliebene Kinder und beurteilt sie als "rückständige" Nationen. (...)

Das Märchen vom gerechten Krieg

Mitwirkende: Ein Bösewicht, ein Opfer und ein Held. Das Opfer und der Held können dieselbe Person sein. Das Szenario: Ein Verbrechen wurde vom Bösewicht begangen gegen ein unschuldig Opfer (typischerweise ein Überfall, Diebstahl oder Kidnapping). Das Vergehen geschieht aufgrund eines Ungleichgewichts der Macht und schafft ein moralisches Ungleichgewicht. Der Held sammelt entweder Helfer oder geht seinen Weg alleine. Der Held macht Opfer: Er unterzieht sich Prüfungen, oft indem er eine beschwerliche Reise macht, manchmal übers Meer auf tückisches Gebiet. Der Bösewicht ist von Grund auf böse, vielleicht sogar ein Monster und deshalb kommt ein Verhandeln mit ihm überhaupt nicht in Frage. Der Held hat keine andere Wahl, als den Bösewicht in den Kampf zu verwickeln. Der Held bekämpft den Bösewicht und hilft dem Opfer. Das moralische Gleichgewicht ist wieder hergestellt. Ein Sieg ist erreicht. Der Held, der immer ehrenhaft handelt, hat seine Männlichkeit bewiesen und Ruhm errungen. Die Opfer-





gabe war dies wert. Der Held erhält Applaus zusammen mit der Dankbarkeit des Opfers und der Gemeinschaft. Das Märchen hat eine Asymetric miteingebaut. Der Held ist moralisch und mutig, während der Bösewicht amoralisch und böse ist. Der Held ist vernünftig, aber ebenso kann der Bösewicht clever und berechnend sein. Helden können so nicht mit Bösewichten verhandeln: Sie müssen sie bekämpfen. Die Feind-als-Dämon-Metapher erscheint als Konsequenz der Tatsache, was ein gerechter Krieg im Zusammenhang mit diesem Märchen ist. Der natürlichste Weg, einen Krieg auf moralischer Basis zu rechtfertigen, ist, die Struktur dieses Märchens auf eine gegebene Situation zu übertragen. Das geschieht mit einer metaphorischen Definition, d.h., indem man folgende Fragen beantwortet: Wer ist das Opfer? Wer ist der Bösewicht? Wer ist der Held? Um was für ein Verbrechen handelt es sich? Was zählt als Sieg? Jede Antwort beinhaltet mehrere verschiedene Szenarien. Als sich die Golfkrise entwickelte, versuchte Präsident Bush den Krieg zu rechtfertigen, indem er mehrere solcher Szenarien durchspielte. Am Anfang konnte er seine Geschichte nicht genug festigen. Was daraufhin geschah, war, daß er zwei verschiedene Arten von metaphorischen Definitionen gebrauchte, aus welchen zwei unterschiedliche Szenarien entstanden: Die Hilfe: Irak ist der Bösewicht, die USA ist der Held, Kuwait ist das Opfer, das Verbrechen sind Entführung und Raub. Die Selbstverteidigung: Irak ist der Bösewicht, die USA der Held, die USA und die anderen Industrienationen sind die Opfer, das Verbrechen ist tödliche Bedrohung, d.h. eine Bedrohung der wirtschaftlichen Gesundheit. Die Amerikaner konnten das zweite Szenario nicht akzeptieren, seit sie wissen, daß dies ein Handel mit Menschenleben für Öl ist. Die Regierung setzte daher auf das erste Szenario und dieses scheint auch vom Volk, von den Medien und dem Kongress als eine moralische Rechtfertigung für den Krieg akzeptiert zu werden.

Die Herrscher-für-den Staat-Metonymie

Dies ist eine Metonymie, die Hand in Hand geht mit der Staat-als-Person-Metapher: Der Herrscher steht für den Staat. Beziehen wir uns auf den Irak, beziehen wir uns auf Saddam Hussein. Auf diese Art und Weise haben wir eine Einzelperson, und keinen amorphen Staat, der den Bösewicht in dem Gerechten-Krieg-Szenario spielt. Es ist dies die Metonymie, die hervorgerufen wird, wenn der Präsident behauptet: "We have to get Saddam out of Kuwait." Tatsächlich bezieht sich diese Metonymie nur auf Führer, die sich auch als Herrscher sehen. Deshalb würde es seltsam für uns sein, aber nicht für das irakische Volk, die amerikanische Invasion in Kuwait mit folgenden Worten zu beschreiben: "George Bush marched into Kuwait."

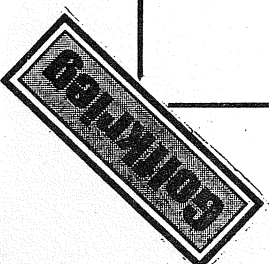
(...)

Risiken

Ein Risiko ist eine Handlung, die unternommen wird, um ein positives Resultat dort zu erreichen, wo das Ergebnis unsicher ist und wo auch große Wahrscheinlichkeit einer negativen Auswirkung besteht. Seit es uns kausales Handeln erlaubt, in den positiven Auswirkungen von Handlungen "Gewinne", und in den negativen Auswirkungen "Verluste" zu sehen, ist es ganz natürlich eine risikoreiche Handlung metaphorisch als ein finanzielles Risiko eines bestimmten Types, nämlich einem Glückspiel, anzusehen.

Risiken sind Glückspiele

Beim Glückspielen versucht man gewisse "Gewinne" zu erzielen, doch es gibt dort auch Wetteinsätze, die man "verlieren" kann. Wenn einer fragt, was der Wetteinsatz für einen Waffengang ist, verwendet man Metaphern des Kausalen-Handelns und der Risiken-als-Glückspiele. Es existieren auch Metaphern, die Präsident Bush benützt, wenn er sich auf die strategischen Bewegungen im Golf als ein "Pokerspiel" bezieht, wo es dumm für ihn wäre, "seine Karten zu zeigen", das hieße, strategisches Wissen zu veröffentlichen.





Die Mathematik der Metapher

Die Kausale-Handlungs- und Risiken-als-Glücksspiele Metapher liegt hinter unserem alltäglichen Verständnis von Risikoreichen Handlungen als Glücksspiele. An diesem Punkt erscheint die Mathematik, seitdem es die Mathematik des Glücksspiels gibt, nämlich die Wahrscheinlichkeitstheorie, die Entscheidungstheorie und die Spieltheorie. Seitdem die Metapher der kausalen-Handlung und der Risiken-als-Glücksspiele in unsere alltäglichen Gedanken Eingang gefunden hat, wird deren metaphorische Natur oft unbeachtet gelassen. Als ein Resultat davon ist es für Sozialwissenschaftler nicht ungewöhnlich, zu denken, daß die Mathematik des Gewinnspiels literarisch auf alle Formen von risikoreichen Handlungen angewendet wird und, daß diese eine Basis für wissenschaftliche Untersuchungen für risikoreiche Handlungen liefern kann, um so das Risiko vermindern zu können.

Rationale Handlungen

Innerhalb der Sozialwissenschaften, speziell in den Wirtschaftswissenschaften ist es allgemein üblich, eine rational denkende Person als jemanden anzusehen, der in seinem eigenen Interesse handelt. Das heißt, er tut dies, um sein eigenes Wohlergehen zu vergrößern. Die Falken dieser These mögen sogar altruistische Handlungen als Handlungen aus eigenem Interesse heraus sehen, wenn es einen Sinn hat, sich, was Altruismus angeht im Recht zu fühlen und anderen das Gefühl der Dankbarkeit einzuflößen. Im System des Kausalen-Handels, wo Wohlergehen Wohlstand ist, wird dieser Gesichtspunkt von rationalen Handlungen metaphorisch in ein Vergrößern von Gewinnen und Verkleinern von Verlusten übertragen. Mit anderen Worten heißt das:

Rationalität ist Profitvergrößerung

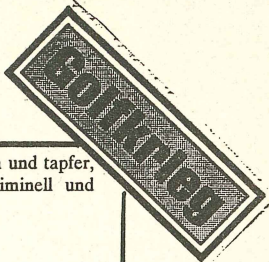
Diese Metapher setzt Kausale Handlungen zusammen mit Risiken-als-Glücksspielen voraus und bringt die Mathematik des Glücksspiels mit sich, wie auf risikoreiche Handlungen angewendet. Das hat zur

Folge, daß Spezialisten auf dem Gebiet der mathematischen Wirtschaftswissenschaften in "scientific"-Spezialisten verwandelt werden, da sie rational handeln, indem sie das Risiko und die Verluste verringern, während sie die Gewinne vergrößern. Ich schlage vor, wir fügen die Staats-als-Person Metapher zu der Rationalitäts-als-Profitvergrößerungs Metapher hinzu. Das Ergebnis ist dann:

Internationale Politik ist Business

Hier ist der Staat ein rational handelnder, seine Handlungen sind Transaktionen und ihm ist daran gelegen, die Gewinne zu vergrößern und die Verluste zu verringern. Diese Metapher bringt die Mathematik der Kosten-Nutzen-Kalkulation und die Spieltheorie mit sich, welche in Weiterbildungsprogrammen über internationale Beziehungen im allgemeinen gelehrt wird. Clausewitz's Metapher, die eine Hauptmetapher unter Strategen der internationalen Beziehungen ist, setzt dieses System voraus. Clausewitz's Metapher: Krieg ist Politik mit anderen Mitteln. Seit Politik Business ist, wird Krieg ein Gegenstand der politischen Gewinnvergrößerung und Verlustvermeidung. In Clausewitz's Ausführungen ist Krieg gerechtfertigt, wenn man mit dem Waffengang mehr Gewinne erzielen kann als mit Kriegsvermeidung. Der Gleichung von Clausewitz fehlt die Moralität, außer wenn es politische Verluste durch unmoralisches Handeln gibt oder einen politischen Gewinn aus moralischen Handlungen heraus. Die Metapher von Clausewitz erlaubt eine Rechtfertigung des Krieges nur auf pragmatischen, nicht auf moralischen Gebiet. Um einen Krieg auf moralischen und pragmatischen Gebiet zu rechtfertigen, müssen das Märchen vom gerechten Krieg und Clausewitz's Metapher ineinander greifen: Die "lohnenden Opfer" müssen den "Verlusten" von Clausewitz gleichen und ebenso der "Sieg" im Märchen den "Gewinnen" von Clausewitz. Clausewitz's Metapher ist die perfekte Metapher eines Experten seit es Spezialisten für politische Kosten-Nutzen-Rechnungen bedarf. Dies billigt den Gebrauch von Mathematik, aber auch von Wirtschaftswissenschaft,





Wahrscheinlichkeits-, Entscheidungs- und Spieltheorie, um Außenpolitik rational und wissenschaftlich zu gestalten. Die Metapher von Clausewitz wird allgemein als literarische Wahrheit angesehen. Wir befinden uns nun in einer Lage, wo wir genau sehen, was diese Aussage metaphorisch macht. Zum ersten, benützt sie die Staat-als-Person Metapher. Zweitens, wandelt sie die qualitativen Auswirkungen auf Menschen in meßbare "Kosten"- und "Verlust"-Rechnungen um, so daß politische Handlungen als wirtschaftlich angesehen werden können. Drittens sieht sie Rationalität als "profit-making". Viertens betrachtet sie Krieg nur aus einem Blickwinkel, nämlich dem der politischen Nützlichkeit, die als Business konzeptualisiert wird.

Krieg als gewaltsames Verbrechen

Vergessen wir nicht, was sich hinter der Metapher von Clausewitz versteckt. Wir sollten uns eine andere Metapher überlegen, die weder von professionellen Strategen noch von der Öffentlichkeit benutzt wird, um den Krieg zu begreifen, in den wir verstrickt sind. Krieg ist gewaltsames Verbrechen: Mord, Bedrohung, Entführung, Brandstiftung, Raub und Diebstahl. Hier kann man Krieg nur im Zusammenhang mit seiner moralischen Dimension verstehen und nicht, sagen wir, in seiner politischen oder wirtschaftlichen Dimension. Die Metapher hebt die Aspekte des Krieges hervor, die sonst als schweres Verbrechen gesehen werden. Wir sehen hier einen Widerspruch zwischen dem allgemeinen Gebrauch der Metapher von Clausewitz und der Krieg-als-Verbrechen Metapher. Über die irakische Invasion in Kuwait wird in Zusammenhang mit Mord, Diebstahl und Raub berichtet. Die geplante (stattgefunde d. Red.) wird nie im Zusammenhang mit Mord, Bedrohung und Brandstiftung diskutiert. Mehr noch, die amerikanischen Kriegspläne werden im Sinne von Clausewitz verstanden, nämlich als zweckmäßige Überlegung. Der irakische Angriff wird nicht als berechnender Marsch von Saddam diskutiert, sondern als die Arbeit eines Verrückten. Wir verstehen die USA als

vernünftig denkend, moralisch und tapfer, die anderen dagegen als kriminell und psychisch krank.

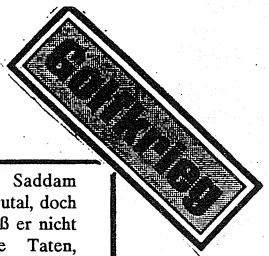
Krieg als Wettstreit

Es ist schon lange bekannt, daß wir Krieg als einen Wettstreit, ähnlich dem Schach oder als eine Sportart, wie Football oder Boxen ansehen. Es ist dies eine Metapher, bei der es einen klaren Gewinner und Verlierer gibt, und ebenso ein klares Ende des Spieles. Die Metapher hebt strategisches Denken, Teamwork, Vorbereitetsein hervor, sowie die Zuschauer in der Weltarena, den Ruhm des Gewinnens und die Schande des Verlierens. Diese Metapher ist sehr ernst zu nehmen. Im Westen gibt es eine lange Tradition des militärischen Trainings der Offiziere in Mannschaftssport und Schach. Der Soldat ist darauf getrimmt zu gewinnen. Dies kann zu einem Metaphernkonflikt führen, wie es in Vietnam geschah da die Metapher von Clausewitz geopolitische Gewinne zu maximieren versucht. Was mit einem absoluten militärischen Sieg in Einklang steht oder nicht. Die gegenwärtige Situation besteht darin, daß die Öffentlichkeit das Märchen vom Hilfeszenario eines gerechten Krieges akzeptiert hat, und zwar daß dieses eine moralische Rechtfertigung liefert. Der Präsident hat aus innenpolitischen Gründen der Wettstreitmetapher vor der Metapher von Clausewitzden Vorrang eingeräumt: Wenn er sich entscheiden muß wird er den militärischen Gewinn den maximalen geopolitischen Gewinnen vorziehen. Die Expertenaussagen vor dem Kongress fallen weitgehend mit der Clausewitzschen Metapher zusammen. Ein guter Teil von diesen beschäftigt sich damit, wie man Gewinne maximieren und Verluste verringern kann. Bei all dem, was bei den Anhörungen im Kongress in Frage gestellt wurde, waren diese Metaphern zu vermissen. Es ist wichtig zu erkennen, was sie verbergen.

Saddam Irrational?

Der Bösewicht im Märchen vom gerechten Krieg mag schlau sein, aber er kann nicht rational denken. Man Läßt sich einfach



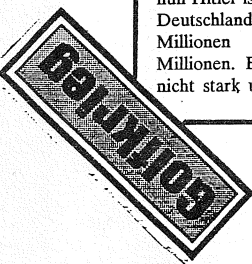


nicht mit einem Dämon auf Vernunftgründe ein, und man verhandelt auch nicht mit ihm. Die Logik der Metapher fordert die Irrationalität Saddams. Aber ist er wirklich irrational? Die Regierungspolitik ist in dieser Frage verworren. Die Clausewitzsche Metapher, in der Form, wie sie von Strategen angewendet wird, geht von der Annahme eines rationalen Feindes aus. Auch er maximiert die Gewinne und minimalisiert die Kosten. Von Anfang an war es unsere Strategie, die "Kosten" für Saddam zu erhöhen. Das setzt voraus, daß er rational ist, und seine eigenen Interessen stark in den Vordergrund rückt. Gleichzeitig bezeichnet man ihn als irrational; das Argument der nuklearen Kernwaffen ist davon abhängig. Wenn er rational ist, sollte er der Logik der Abschreckung folgen. Wir besitzen tausende von Wasserstoffbomben und Sprengköpfen. Von Israel nimmt man an, zwischen einhundert und zweihundert einsatzbereite Atombomben zu haben. Saddam würde mindestens acht Monate, möglicherweise fünf Jahre brauchen, bis er eine technisch ausgereifte, ungetestete Atombombe auf einem Lastwagen hat. Die populärste Schätzung für die Herstellung von nur einigen wenigen einsatzbereiten Atomsprengköpfen beträgt zehn Jahre. Das Argument, daß er sich nicht durch unser und Israels Kernwaffenarsenal abschrecken ließe, setzt Irrationalität voraus. Die Hitleranalogie setzt ebenfalls voraus, daß Saddam ein verrückter Bösewicht ist. Die Analogie geht von einem Hitlermythos aus, in dem auch Hitler eher ein irrationaler Dämon war, als ein rationaler selbstüchtiger brutaler Politiker. Diesem Mythos zu Folge war München ein Irrtum und Hitler hätte frühzeitig gestoppt werden können, wäre England damals in den Krieg eingetreten. Militärgeschichtsschreiber sind sich nicht darüber einig, ob der Mythos der Wahrheit entspricht. Wie dem auch sei, die Analogie stimmt nicht. Ob Saddam nun Hitler ist oder nicht, der Irak ist nicht Deutschland. Im Irak leben siebzehn Millionen Menschen, nicht Siebzig Millionen. Er ist wirtschaftlich schwach, nicht stark und einfach keine Gefahr für

die Welt. Sicherlich ist Saddam amoralisch, rücksichtslos und brutal, doch gibt es keinen Beweis dafür, daß er nicht rational handelt. Alle seine Taten, beginnend mit der Ermordung politischer Gegner über den Einsatz von Giftgas gegen politische Feinde, nämlich die Kurden, bis zur Invasion Kuwaits, können als ein Vortreiben seiner Eigeninteressen interpretiert werden.

Das Opfer: Kuwait

Das klassische Opfer ist unschuldig. Für die Iraker war Kuwait alles andere als ein unschuldiger Naivling. Der Krieg mit dem Iran ruinierte den Irak finanziell mehr oder weniger völlig, der glaubte diesen Krieg zum Teil auch für Kuwait und Saudiarabien geführt zu haben, wo schiitische Bürger Komeinis islamische Revolution unterstützten. Kuwait hatte einer Finanzhilfe für den Krieg gegen den Iran zugestimmt, aber nach dem Krieg bestanden die Kuwaitis auf die "Kredit"-Rückzahlungen. Die Kuwaitis hatten Hunderte von Milliarden in Europa, Amerika und Japan investiert, waren aber nicht bereit, nach dem Krieg den Wiederaufbau des Irak zu unterstützen. Kuwait begann im Gegenteil mit einer Politik, die auf einen Wirtschaftskrieg gegen den Irak hinauslief, indem es seine Ölförderquoten überschritt, um den Preis niedrig zu halten. Hinzu kommt, daß Kuwait waagrechtbohrungen in irakisches Territorium, und zwar in das Rumailah-Ölfeld durchführte und auf diese Weise Öl aus irakischem Gebiet abzapfte. Des weiteren übervorteilte Kuwait den Irak, durch den Kauf irakischer Valuten, doch zu einem extrem niedrigen Wechselkurs. Das hatte zur Folge, daß reiche Kuwaitis dieses Geld bei Reisen in den Irak verwendeten, wo sie irakische Güter zu Schleuderpreisen kauften, unter anderem Alkohol in großem Stil und sich prostituierende Witwen und Waisen von Männern, die im Krieg ums Leben kamen, denn diese hatten wegen der wirtschaftlichen Lage des Landes keine andere Unterstützung. All das trug nicht zur Beliebtheit der Kuwaitis bei den Irakern bei, die unter einer Inflationsrate von 70%



GEHEIMNIS

litten. Außerdem hegten die Iraker und Moslems anderer Nationen schon lange aus gutem Grund Ressentiments gegen die Kuwaities: Reich an Geldmitteln, doch arm an Arbeitskräften, importierte Kuwait billige Arbeitskräfte aus anderen moslemischen Ländern, welche die unangenehmste Arbeit erledigen sollten. Zum Zeitpunkt der Invasion gab es 400.000 kuwaitische Bürger und 2.2 Millionen ausländische Arbeitskräfte, denen man Bürgerrechte verweigerte, und die von den Kuwaities als Untermenschen behandelt wurden. Kurz gesagt, für den Irak oder die anderen Arbeiter-Exportierenden-Arabischen Staaten kann Kuwait nur schlecht als reines unschuldiges Opfer gelten. Dies rechtfertigt keineswegs die Schrecken, die den Kuwaities von der irakischen Armee zugefügt wurden. Aber das ist ein Teil von dem, was dahinter steckt, wenn Kuwait als ein unschuldiges Opfer hingestellt wird. Die "rechtmäßige" Regierung, die wir wieder einzusetzen versuchen, ist eine oppressive Monarchie.

Was heißt Sieg?

In einem Märchen oder Spiel wird der Sieg gut definiert; nach seiner Erringung endet die Geschichte oder das Spiel. Nichts davon trifft auf die Golfkrise zu. Geschichte geht weiter und der "Sieg" ergibt nur dann einen Sinn, wenn man ihn im Zusammenhang mit den fortlaufenden Ereignissen betrachtet. Die vom Präsidenten statuierten Ziele sind der totale irakische Rückzug und die Wiedereinsetzung der kuwaitischen Monarchie. Aber keiner glaubt daran, daß die Angelegenheit damit erledigt ist, da Saddam dann immer noch mit völlig intakter Macht im Sattel säße. General Powerll sagte bei seiner Ansprache im Senat, daß die USA bei einem Rückzug Saddams die "ursprünglichen Länder der Region stärken" müßten, um ein Gleichgewicht der Kräfte zu erzielen. Das bedeutet wahrscheinlich eine Bewaffnung Assads, der mindestens so gefährlich ist wie Saddam. Gilt die Bewaffnung eines weitem Schurken als Sieg? Wenn wir in den Krieg ziehen, was macht den Sieg aus? Nehmen wir an, daß wir den Irak er-

obern und seine militärische Kapazität auslöschen. Wie würde der Irak regiert werden? Keine Marionetten-Regierung die wir einsetzen, könnte effektiv regieren, da sie von der gesamten Bevölkerung gehaßt würde. Da Saddam jegliche Opposition beseitigt hat, wäre die einzig übrigbleibende effektive Regierung für das Land seine Baath-Partei. Würde es als Sieg gelten, wenn Saddams Freunde an die Macht kämen? Wenn nicht, welche Alternative gibt es? Wie könnte sich der Irak ohne militärische Stärke gegen Syrien und den Iran verteidigen? Es wäre für uns sicherlich kein "Sieg", wenn einer von beiden den Irak übernehme. Im Falle Syriens würde der arabische Nationalismus Assads zur Gefahr werden. Im Falle des Irans würde der islamische Fundamentalismus noch wichtiger und bedrohender werden. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß es für die USA im Kriegsfall einem Sieg am nächsten käme, die Iraker aus Kuwait zu verjagen, nur soviel irakisches Militärpotential zu zerstören, um sich weiterhin gegen Syrien und dem Iran verteidigen zu können; Saddam irgendwie zu entmachten, aber seiner Baath-Partei die Kontrolle über ein Land zu lassen, das gerade stark genug ist sich zu verteidigen, aber nicht stark genug, um eine Bedrohung darzustellen; und außerdem den Ölpreis auf einem angemessenen niedrigen Niveau zu halten. Die Probleme: Es ist nicht klar, ob wir Saddam entmachten können, ohne den Großteil des irakischen Militärpotentials zu zerstören. Wir wären in ein arabisches Land einmarschiert, was uns den gewaltigen Haß der gesamten arabischen Welt einbringen würde und zweifellos auf Jahrzehnte verstärkten Terrors und mangelnder Kooperationsbereitschaft der arabischen Staaten hinauslaufen würde. Durch den Sieg über einen arabischen nationalistischen Staat, würden wir den islamischen Fundamentalismus stärken. Der Irak bliebe eine grausame Diktatur verwaltet von Saddams Genossen. Durch die Wiedereinsetzung der kuwaitisehn Regierung würden wir den Haß der Armen gegen die Reichen in der gesamten arabischen Welt schüren und so die Instabilität steigern. Der Ölpreis würde ein

GEHEIMNIS

Hausse erfahren. Also: Was einem Sieg ganz nahe kommt, sieht nicht sehr nach einem Sieg aus. In der Debatte darüber, ob man in den Krieg ziehen sollte, wurde der Frage, wie ein Sieg aussehen sollte, zu wenig Zeit gewidmet. Und wenn man "Sieg" nicht definieren kann, gilt das gleiche auch für "adäquate Opfer".

Die Arabische Sicht

Die Metaphern, die benutzt wurden, um die Golfkrise begrifflich darzustellen, verbergen die stärksten politischen Ideale in der Arabischen Welt: Arabischen Nationalismus und Islamischen Fundamentalismus, erstens, die Versuche, eine auf radikalen Ideen fußende all-Arabische Nation zu formen, zweitens, einen theokratischen, all-islamischen Staat zu errichten. Obwohl sie einander hart entgegengesetzt sind, stimmen sie in weiten Teilen überein. Beide Begriffe werden in Bezug auf Familie, auf Arabische Brüderlichkeit und Islamische Bruderschaft verstanden, beide sehen Brüderlichkeit als legitimer an, denn real existierende Staaten und beide stimmen überein mit der Staat-als-Person Metapher.

Ebenso wird auch die vielleicht wichtigste allgemeine Angelegenheit in der Arabischen Welt von unseren Metaphern getroffen: Arabische Würde. Beide politischen Bewegungen werden als Wege angesehen, Würde durch Einigkeit zu erreichen. Die momentan existierenden nationalen Grenzen werden weithin als gegen die Arabische Würde arbeitend verstanden, und zwar in zweierlei Hinsicht: eine innere und eine äußere. Die innere Streitfrage ist die Trennung zwischen reich und arm in der Arabischen Welt. Arme Araber sehen reiche Araber gleichsam durch einen Zufall bedingt als reich an, von Großbritannien in die Wege geleitet, als die englische Krone die heute bestehenden Grenzlinien zogen, die die heute bestehenden Nationen des mittleren Ostens bilden. Die Araber metaphorisch als eine große Familie anzusehen läßt daran denken, daß der Ölreichtum allen Arabern zustünde. Für viele sind die Staatsgrenzen, die von den Kolo-

nialmächten gezogen wurden, unrechtmäßig, verletzen das Bild der Araber als eine einzige Bruderschaft und machen Millionen arm. Für Millionen lag das Positive an Saddams Einmarsch in Kuwait darin, daß er Staatsgrenzen bedrohte und die Grenzen zwischen Reich und Arm sichtbar machte, die das Ergebnis dieser Linien im Sand sind. Wenn es Frieden in der Region geben soll, muß man diesen Grenzen dadurch begegnen, daß reiche Arabische Länder mit Hilfe von Entwicklungsinstitutionen ärmeren Staaten helfen. Solange der ungeheure Abstand zwischen Reichen und Armen in der Region besteht, wird weiterhin eine große Zahl armer Araber Lösungen in überstaatlichen Ideen, ob nun im Arabischen Nationalismus oder Islamischer Fundamentalismus, ihr Eigeninteresse vertreten sehen, die Region bleibt instabil.

Die äußere Streitfrage ist die Schwäche. Wegen der momentan bestehenden Landesgrenzen, befinden sich die Arabischen Nationen in ständigem Streit untereinander und sind deshalb im Vergleich zu westlichen Nationen schwach konstituiert. Für die Fürsprecher der Einheit (der Arabischen Staaten) ist das, was wir "Stabilität" nennen eine Fortsetzung der Politik der Schwäche. Schwäche ist ein Hauptthema in der Arabischen Welt, das sogar häufiger als im Westen mit sexuellen Begriffen besetzt ist. Wenn Amerikanische Amtspersonen Vom Überfall auf Kuwait sprechen, schwebt ihnen ein schwaches, verteidigungsunfähiges Land (Opfer) als "weiblich" vor und ein starkes, militärisch mächtiges Land als "männlich". Genauso ist es bei den Arabern gebräuchlich, die Kolonialpolitik und die sich daraus ergebende Dominanz des Westens, besonders der USA, über die Region als eine Art Kastration zu empfinden. Ein in diesen Tagen populäres bon mot im Irak lautet folgendermaßen: Es ist besser einen Tag lang ein Hahn zu sein, als eine Henne für ein Jahr. Die Bedeutung ist offensichtlich: Es ist besser, "männlich" zu sein, d.h. stark und dominant, als "weiblich", was schwach und wehlos bedeutet. Saddam bekommt bei den Arabern

deshalb soviel Zuspruch, weil er als ein Mensch angesehen wird, der es wagt, sich gegen die Weltmacht USA zu stellen und sei es auch nur für kurze Zeit.

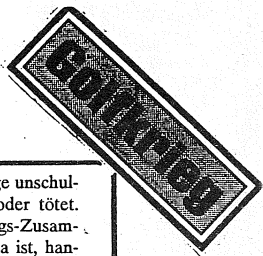
Was versteckt sich hinter der Sicht des Staates-als-Person

Das Bild des Staates-als-Person spiegelt die Art, in der Staaten als Einheit handeln, wider, und verbirgt die innere Struktur der Staaten. Es verbirgt die Struktur der Klassen, ihre ethnische Zusammensetzung, religiöse Rivalitäten, politische Parteien, die Ökologie, den Einfluß des Militärs und anderer Vereinigungen (v.a. multinationaler Verbindungen). Betrachtet man "nationale Interessen", ist es im Sinne des Menschen, gesund und stark zu sein. Das Bild des Staates-als-Person überträgt dieses Interesse auf die nationale Ebene der ökonomischen Gesundheit und militärischen Stärke. Aber was im "nationalen Interesse" ist, ist nicht unbedingt im Interesse vieler "normaler" BürgerInnen, Gruppen oder Institutionen, die ärmer werden, wenn das GNP (Bruttosozialprodukt) steigt, und schwächer, wenn das Militär stärker wird. Das "nationale Interesse" ist ein verallgemeinerndes Konzept, das in den USA von Politikern und Politikwissenschaftlern gemacht wird. Für die meisten Menschen bedeutet das, daß sie mehr von den Reichen als von den Armen, mehr von großen Konzernen als vom kleinen Handel, mehr von Forschern als von Ökologen beeinflusst werden. Wenn Präsident Bush sagt, daß diesen Krieg führen heiße, "unser nationale Interessen zu schützen", benutzt er einen Begriff, der exakt verbirgt, wessen Interessen gedient wird und wessen nicht. Zum Beispiel sind arme Menschen, v.a. Schwarze und Hispanics, in der Armee in unverhältnismäßig hoher Zahl vertreten. Wenn es zum Krieg kommt (schon passiert! d. Red.), sind die Verluste der Armen und dieser ethnischen Gruppen dementsprechend überproportional. Dieser Krieg ist weniger im Interesse der ethnischen Minderheiten als der weißen Oberschicht. Genauso werden die Interessen des Militärs verschleiert. Es ist gegen das Interesse des Militärs gerichtet, sein Budget zu kürzen oder seinen Einfluß in ir-

gendeiner Form zu verringern. Krieg bestätigt die Wichtigkeit des Militärs und dessen finanziellen Bedarf. Es ist von Bedeutung, daß das Militär nicht der Entscheidungsträger über den Krieg sein sollte und damit seine eigenen Interessen schützt. Jedoch könnte das genau das sein, was geschehen ist. Admiral Brent Scowcroft ist Vorsitzender des NSC, des Rates für Nationale Sicherheit, und das Militär hat den größten Einfluß darin. Der NSC hat eine große Rolle gespielt, als es darum ging, den Präsidenten in der Kriegspolitik zu unterstützen. In der jetzigen Phase könnte es für das Militär eine entscheidende Rolle gespielt haben, seinen eigenen Einfluß zu bewahren. Hat das Militär, im Dienste des eigenen Interesses, dem Präsidenten geraten, in den Krieg zu gehen? Diese Frage muß gestellt und beantwortet werden. Was versteckt sich hinter der Sicht des Staates als Person?

Kosten des Kriegen

Clausewitz' Metapher wägt ab zwischen den "Kosten" und dem "Gewinn" des Krieges. (...) Natürlich zählen die amerikanischen Verluste, der Verlust der Ausrüstung, die ausgegebenen Dollar zu den "Kosten". Aber Vietnam lehrte uns, daß es auch soziale Kosten gibt: Ein Trauma in den Familien und in der Gemeinschaft, Familien wurden auseinandergerissen, Veteranen tragen psychische Schäden davon, es gibt lang andauernde Folgen für die Gesundheit, dazu kommt noch, daß Geld für Krieg ausgegeben wurde und nicht für lebenswichtige soziale Bedürfnisse daheim. Genauso werden politische "Kosten" unterschlagen: Die Feindschaft der Araber auf lange Sicht, die Folgen zunehmenden Terrorismus; und kaum diskutiert sind bisher die moralischen Folgen, die entstehen, wenn Konflikte durch Mord und Totschlag gelöst werden. Wenn wir den Krieg auf "Kosten" reduzieren, quantifizieren wir die Folgen des Krieges und verbergen die qualitative Wirklichkeit von Schmerz und Tod. Was ist denn fürchterlicher an der Kosten-Nutzen-Rechnung, als daß die "Kosten" der Gegenseite für uns als Erfolge zählen? (...) Es wird viel geredet von amerikanischen



Toten als "Kosten", aber irakische Tote werden nicht erwähnt. Die Vorstellung der Kosten-Nutzen-Rechnung und des märchenhaften Schurkens, der besiegt werden muß, lassen uns die toten Iraker vergessen, ganz besonders, wenn die meisten bisherigen Toten keine Bösewichte sind, sondern unschuldige Dienstpflichtige Soldaten, Reservisten oder Zivilisten.

(...)

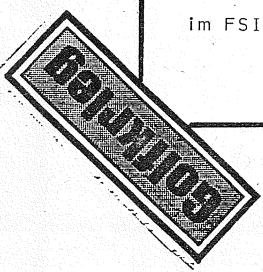
Amerika als Held

Das klassische Märchen definiert den Helden so: Er ist eine Person, die ein unschuldiges Opfer befreit und einen schuldigen, notorischen Bösewicht bestraft und vernichtet, und die das eher für die Ehre tut denn aus materiellen Gründen. Wenn Amerika einen Krieg beginnt, wird es als Held dastehen? Es wird diese Vorstellung sicher nicht sehr gut erfüllen. Erstens ist es eines seiner Hauptziele, die "legitime Regierung Kuwaits" wieder einzusetzen. Das bedeutet, eine absolute Monarchie wieder einzusetzen, in der Frauen keine auch nur annähernd gleichen Rechte haben, in der 80% der dort lebenden Menschen Gastarbeiter sind, die die schmutzigsten Arbeiten machen und nicht die Möglichkeit erhalten, Staatsangehörige zu werden. Das ist nicht das unschuldige Opfer, dessen Befreiung uns zu Helden macht. Zweitens sind die meisten Menschen, die unter einem starken Angriff zu leiden hätten, unschuldig an den Greueln, die in Kuwait stattgefunden haben. Es macht einen nicht unbedingt zum Helden, wenn man auf der Jagd nach einer kleinen

Anzahl von Schurken eine Menge unschuldiger Zuschauer verstümmelt oder tötet. Drittens, im Selbstverteidigungs-Zusammenhang, in dem Öl das Thema ist, handelt Amerika im eigenen Interesse. Um aber als legitimer Held jemanden zu befreien, müßte man selbstlos handeln. Somit besteht ein Widerspruch zwischen dem an sich selbst interessierten Helden und seiner Selbstverteidigung und dem wahren, selbstlosen, befreienden Helden. Viertens könnte Amerika ein Held für die königliche Familie sowohl Kuwaits als auch Saudi-Arabiens sein, aber nicht für die meisten Araber. Sie denken nicht in unseren Bildern. Sie sehen uns als eine koloniale Macht, die illegitim ihre Kraft gegen einen Bruder einsetzt. Für sie sind wir Schurken, nicht Helden. (...) Die Metapher des Staates-als-Person verbirgt die innere Struktur der Staaten und ermöglicht uns zu glauben, Kuwait sei ein einheitliches Wesen, die wehrlose Maid des klassischen Märchens, die gerettet werden muß. Die Metapher verbirgt den monarchischen Charakter Kuwaits und die Art, in der mit Frauen und der großen Mehrheit der Menschen umgegangen wird. Sie verbirgt uns die innere Struktur des Iraks und somit die Menschen, die in diesem Krieg am ehesten getötet, verstümmelt oder sonstwie verletzt werden. Und sie verbirgt uns die USA, die Tatsache, daß es vor allem die Armen und die Minderheiten sind, die die größten Opfer bringen, ohne einen offensichtlichen Vorteil zu haben. Schließlich verbirgt sie die wesentlichen Ideen, die die Politik des Mittleren Osten verfolgt.(...)

George Lakoff ist Professor für Linguistik an der University of California at Berkeley. Er verfasste diese Analyse der "Sprache des Krieges", die uns seit dem Ausbruch des Kriegs in den Medien ständig begleitet, kurz vor dem Ablauf des UN-Ultimatums.

Der ungekürzte englische Originaltext kann im FSI-Zimmer eingesehen werden.



DANN GIBT ES NUR EINS!

Du, Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen - sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützengewehre montieren, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Besitzer der Fabrik. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst statt Puder und Kakao Schießpulver verkaufen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, sondern Haßlieder singen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren - sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Schneider auf deinem Brett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Uniformen zuschneiden, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Richter im Talar. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst zum Kriegsgericht gehen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie dir morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!

Du, Mutter in der Normandie und Mutter in der Ukraine, du, Mutter in Frisko und London, du, am Huangho und am Mississippi, du, Mutter in Neapel und Hamburg und Kairo und Oslo - Mütter in allen Erdteilen, Mütter in der Welt, wenn sie morgen befehlen, ihr sollt Kinder gebären, Krankenschwestern für Kriegslazarette und neue Soldaten für neue Schlachten, Mütter in der Welt, dann gibt es nur eins:

Sagt NEIN! Mütter, sagt NEIN!

Denn wenn ihr nicht NEIN sagt, wenn IHR nicht nein sagt, Mütter, dann:
dann:

In den lärmenden dampfdunstigen Hafenstädten werden die großen Schiffe stöhnend verstummen und wie titanische Mammutkadaver wasserleichtig träge gegen die toten vereinsamten Kaimauern schwanken, algen-, tang- und muschelüberwest, den früher so schimmernden dröhnenden Leib, friedhöflich fischfaulig duftend, mürbe, siech, gestorben -

die Straßenbahnen werden wie sinnlose glanzlose glas-ägige Käfige blöde verbeult und abgeblättert neben den verwirrten Stahlskeletten der Drähte und Gleise liegen, hinter morschen dachdurchlöcherten Schuppen, in verlorenen kraterzerissenen Straßen -

eine schlammgraue dickbreiige bleierne Stille wird sich heranwälzen, gefräßig, wachsend, wird anwachsen in den Schulen und Universitäten und Schauspielhäusern, auf Sport- und Kinderspielplätzen, grausig und gierig, unaufhaltsam -

der sonnige saftige Wein wird an den verfallenen Hängen verfaulen, der Reis wird in der verdornten Erde vertrocknen, die Kartoffel wird auf den brachliegenden Äckern erfrieren und die Kühe werden ihre totsteifen Beine wie umgekippte Melkschemel in den Himmel strecken -

in den Instituten werden die genialen Erfindungen der großen Ärzte sauer werden, verrotten, pilzig verschimmeln

ZUM KRIEG

SAGT NEIN

in den Küchen, Kammern und Kellern, in den Kühlhäusern und Speichern werden die letzten Säcke Mehl, die letzten Gläser Erdbeeren, Kürbis und Kirschsafte verkommen - das Brot unter den umgestürzten Tischen und auf zersplitterten Tellern wird grün werden und die ausgelaufene Butter wird stinken wie Schmierseife, das Korn auf den Feldern wird neben verrosteten Pflügen hingsunken sein wie ein erschlagenes Heer und die qualmenden Ziegelschornsteine, die Essen und die Schlotte der stampfenden Fabriken werden, vom ewigen Gras zugedeckt, zerbröckeln - zerbröckeln - zerbröckeln -

dann wird der letzte Mensch, mit zerfetzten Gedärmen und verpesteter Lunge, antwortlos und einsam unter der giftig glühenden Sonne und unter wankenden Gestirnen umherirren, einsam zwischen den unübersehbaren Massengräbern und den kalten Götzen der gigantischen betonklotzigen verödeten Städte, der letzte Mensch, dürr, wahnsinnig, lästern, klagend - und seine furchtbare Klage: WARUM? wird ungehört in der Steppe verrinnen, durch die geborstenen Ruinen wehen, versickern im Schutt der Kirchen, gegen Hochbunker klatschen, in Blutlachen fallen, ungehört, antwortlos, letzter Tierschrei des letzten Tieres Mensch -

all dieses wird eintreffen, morgen, morgen vielleicht, vielleicht heute nacht schon, vielleicht heute nacht, wenn - - wenn - -

wenn ihr nicht NEIN sagt.

Wolfgang Borchert
(1921 - 1947)

Die Welt konnte nicht länger warten?

Seit den frühen Morgenstunden des 17. Januar haben die multinationalen Truppen unter Führung der USA die heiße Phase des Krieges gegen den Irak begonnen. Seitdem werden in nicht abbrechender Folge tausende Tonnen Sprengstoff über Bagdad und anderen Städten Iraks abgeworfen, Menschen sterben einen sinnlosen Tod in einem sinnlosen Krieg.

Bei allem Schrecken, den der Krieg verbreitet, und bei aller Wut, die mensch über das Morden empfinden muß, soll dies der Versuch einer rationalen Analyse eines Konflikts sein, der so nur von Menschen geführt werden kann, die sich auch vom Irrationalen leiten lassen, obwohl ihre Argumente so logisch klingen.

Seit dem Ablauf des Ultimatums führt die US-amerikanische Regierung erstmals seit dem Ende des Vietnamkriegs wieder einen "großen" Krieg. Dieser Krieg unterscheidet sich jedoch in seiner politischen und gesellschaftlichen Dimension von allen bisherigen. Nie hat es einen Krieg gegeben, dessen "Ausbruch" schon Monate vorweg praktisch auf den Tag genau angekündigt wurde, und nie zuvor war ein Krieg durch den UNO-Sicherheitsrat so ausdrücklich genehmigt worden. Aber auch nie zuvor hat ein "gerecht" erscheinender Krieg soviel Protest in der Bevölkerung hervorgerufen. Die Appelle der Friedensdemonstrationen nach einer sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen und die Ablehnung der Politik der Regierung der USA werden aber auch von vielen als "Antiamerikanismus" und "Pazifismus im falschen Moment" interpretiert. Über die Diskussion der Schuldfrage wird - besonders von offizieller Seite - allzugerne darüber hinweggegangen, daß Saddam Hussein mit der eindeutig kriegerischen und völkerrechtswidrigen Besetzung Kuwaits am 2. August diesen Krieg zwar ausgelöst hat, die Ursachen für diesen Einmarsch aber nicht allein im Größenwahn des Diktators liegen.

Die Geschichte, die zu dieser Entwicklung führte, stellt sich vielmehr als eine Folge fataler Fehleinschätzungen und kurzfristig opportunistischer Entscheidungen dar, die eine eindeutige

Schuldzuweisung meiner Meinung nach unmöglich machen. Die Abtrennung des Staates Kuwait durch die Britischen Kolonialherren, auf die sich Saddam Hussein so gerne beruft, ist vielleicht die erste in dieser Folge, mit Sicherheit aber vergleichsweise unwichtig. Als die Briten die Lineale auf die Landkarte legten, war Kuwait in erster Linie ein Wüstengebiet mit Zugang zum Meer, von den unermesslichen Ölquellen ahnte damals niemand etwas. Zudem existierte zu diesem Zeitpunkt der irakische Staat noch nicht, sondern war nur eine Provinz des osmanischen Reichs. So ungerecht und selbstherrlich diese Teilung auch gewesen sein mag, sie bietet keinen Grund für einen Überfall unter dem Mäntelchen der geschichtlichen Wiedergutmachung.

Die koloniale Aufteilung der arabischen Welt im 19. Jahrhundert und auch die Geschichte der Entstehung des Staates Israel nach dem zweiten Weltkrieg haben die Bevölkerung dieser Region jedoch nicht zu einem Frieden finden lassen. Gerade auch die israelischen PolitikerInnen, die sich in der gegenwärtigen Krise ausgesprochen weit-sichtig und politisch geschickt verhalten, haben sich in der Vergangenheit leider im wesentlichen als unfähig erwiesen, Konflikte friedlich zu lösen. Die Unterdrückung der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten des Gaza-Streifens und der West-Banks und die israelische Siedlungspolitik, bei der gezielt fundamentalistische Israelis dazu aufgefordert werden, außerhalb des sogenannten Kernlandes zu siedeln, hat die UNO bereits wiederholt verurteilt. Die israelische Politik, aber auch die Haltung der westlichen Länder, hat dies wenig beeinflußt. Wen kann es daher wundern, daß viele PalästinenserInnen den irakischen Diktator als Kämpfer für ihre Sache verherrlichen, wenn dieser als Bedingung für einen Rückzug aus Kuwait eine Friedenskonferenz fordert. Das Interesse Saddams an der palästinensischen Frage ist aber nur marginal. Kein noch so verrückter Herrscher überfällt und unterdrückt ein arabisches Brudervolk, nur um einem anderen Brudervolk die Freiheit zu geben. Wie tief jedoch die Abneigung gegen den Staat Israel in der Region sitzt, zeigt die anfängliche Ankündigung der syrischen Regierung, die Fronten zu wechseln, falls Israel in den Krieg eintreten sollte.

Die wesentlichen Motive Saddams Husseins lagen vor allem im Versuch, das durch den Iran/Irak-Krieg und die hemmungslose Aufrüstungspolitik heruntergewirtschaftete Land durch die hochmodernen Ölförderanlagen Kuwaits und den freien Zugang zum Meer wieder zu sanieren. Kuwait stellte sich als das ideale Opfer eines solchen Überfalls dar: in historischer Zeit war es einmal Teil des irakischen Gebietes, es ist relativ klein, und es war eines der größten Gläubigerländer der irakischen Staatsschulden. Über die Frage, ob der Überfall auf Kuwait auch der erste Schritt zu einem panarabischen Staat unter Saddams Führung sein sollte, kann nur spekuliert werden. Die Idee einer arabischen Nation in einem gemeinsamen arabischen Staat ist nicht unbeliebt, sie ist aber in einer Welt, in der feudale Familien-Clans die Staaten leiten, und daher "auf ewig" verliehene Privilegien abgeben müßten, nicht mehr als eine Utopie. Auch dies wird von dem Diktator als Rechtfertigung des Überfalls vorgebracht: er wolle die Reichtümer gerechter verteilen. In der Tat scheint dies ein nobles Ziel, wo in der arabischen Welt unermeßlicher Reichtum und verbreitete Armut dicht beieinander liegen. Nur ging es im Staat Kuwait auch dem sozial schwachen GastarbeiterInnenheer (wirtschaftlich) durchaus gut, während die Bevölkerung im Irak, der nach geologischen Schätzungen über mehr Öl verfügt als Kuwait, nur einen vergleichsweise niedrigen Lebensstandard erreichte. Auch hat sich Saddam Hussein in der jüngsten Vergangenheit eher als Völkermörder der KurdInnen denn als Wohltäter hervorgetan. Nicht zuletzt die Berichte darüber, wie das irakische Regime mit der Bevölkerung Kuwaits umgeht, machen seine Beteuerungen der sozialen Gerechtigkeit zur Farce.

Die Schuld an einem solchen Krieg, wie er jetzt im Golf Tausende von Menschen tötet, liegt aber nicht nur bei den Menschen, die durch kurzfristige politische Entscheidungen Konflikte schaffen, oder den Menschen, die glauben, mit einem Krieg ihre Probleme lösen zu können, sondern auch in wesentlichem Umfang bei denen, die einen solchen Krieg erst führbar machen. Ohne Kampfflugzeuge und Mittelstrecken-Raketen, ohne Giftgas und G3-Sturmgewehr, ohne Panzer und Riesenkanonen kann nämlich weder ein Land so einfach geschluckt werden, noch die eigene Bevölkerung bedroht oder ausgerottet werden. Die gi-

gantische Aufrüstung des Iraks durch die westliche Welt, wie auch durch die Sowjetunion, ist sicherlich die größte Dummheit, die die EntscheidungsträgerInnen in Regierungen und Industrie im Vorfeld dieses Krieges begangen haben. Als der Irak noch der Schutzschild des Westens gegen die "islamische Revolution" des Ayatollah Chomeini war, konnten Saddam Hussein gar nicht genug Waffen verkauft werden. Auch schien niemandem aufzufallen, daß dieser Krieg ja von der irakischen Führung vom Zaun gebrochen worden war und ein genauso ungerechtfertigter Angriffskrieg war wie der gegenwärtige. Aber die Führungen der Industrienationen glaubten offensichtlich, daß in einem islamischen Bruderkrieg die Gefahr eines Übergreifens des islamischen Fanatismus zu bannen sei. Und - nicht zuletzt - ließ sich ja auch sehr gut daran verdienen. So wurde Saddam Hussein auch nach dem Ende dieses genauso sinnlosen Krieges weiter aufgerüstet. Nicht nur, daß die großen Rüstungsfirmen in Europa und der restlichen Welt - ungehindert von Ausfuhrverboten oder gar einer demokratischen Kontrolle des Waffenhandels - durch das Geschäft mit dem Diktator die Bilanzen verbessern konnten, nein - es konnten auch, mehr oder minder geduldet von der Regierung, zweifelhafte Geschäfte mit Fabriken zur Herstellung von "Schädlingsbekämpfungsmitteln" geführt werden, sodaß Saddam Hussein jetzt über ein Potential grausamster chemischer Waffen verfügt. Auch diese Untätigkeit von seiten des Gesetzgebers ist verwerflich und dumm. Das Bewußtsein in Industrie und Politik, daß es höhere Werte als das Bruttosozialprodukt gibt, scheint sich nur langsam auszubreiten.

Die westliche wie auch die arabische Diplomatie haben in den Monaten vor dem Krieg gründlich versagt. Nachdem Saddam Hussein am 2. April 1990 Israel gegenüber mit der totalen Vernichtung durch chemische Waffen gedroht hatte, wurde in den USA beschlossen, keine Kredite und keine militärisch verwendbaren Güter mehr an den Irak zu liefern. Dieser Plan wurde jedoch vom US-Handelsministerium aus wirtschaftlichen Gründen torpediert. Schon eine Woche später besuchte eine amerikanische Delegation den Diktator und erklärte ihm, die USA und insbesondere Präsident Bush würden sich gegen eventuelle Sanktionen wehren.

Als Saddam Hussein in den nächsten Monaten immer deutlicher einen Schuldenerlaß bei seinen arabischen Nachbarn Kuwait und Saudi-Arabien verlangte, lehnten die arabischen Regierungen diese Forderungen im wesentlichen ab. Es gibt Hinweise darauf, daß Kuwait die schwache wirtschaftliche Position des Iraks nutzen wollte, um eine umstrittene Grenzfrage für sich zu entscheiden. Als dann erkennbar wurde, daß Saddam Hussein auch vor einer militärischen Aktion nicht zurück schrecken würde, kam aus den USA genau das falsche Zeichen: Am 31. Juli, also 4 Tage vor der Invasion, stellte sich ein hoher Regierungsbeamter den Fragen der Presse. Auf die Frage, ob es richtig sei, daß es im Falle eines Krieges "keinen Vertrag, keine Verpflichtung, nichts, das uns zwingen würde, amerikanische Truppen einzusetzen," gab, antwortete er mit einem lapidaren "Das ist richtig". Dies geschah trotz der Tatsache, daß die Führung der USA von einem massiven Truppenaufmarsch an der Grenze zu Kuwait wußte.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: All diese Umstände entschuldigen nicht das Verhalten der irakischen Staatsführung, sie machen aber deutlich, daß die These von der Alleinschuld Saddam Husseins eine Propagandalüge oder zumindest ein kompletter Selbstbetrug ist.

Woran liegt es, daß die USA in diesem scheinbar nur innerarabischen Konflikt so extrem reagieren? Als die sowjetischen Truppen im Jahr 1980 Afghanistan besetzten, gab es zwar einen lauten Aufschrei der Empörung, eine offene militärische Intervention aber blieb aus. Der Grund ist offensichtlich: Ein solches Einschreiten hätte in der Endphase des kalten Krieges mit hoher Wahrscheinlichkeit den dritten (und letzten) Weltkrieg ausgelöst. Die amerikanische Regierung entschied sich statt dessen, die Olympischen Spiele zu boykottieren.

Dennoch kann die scheinbare Begrenztheit des Krieges nicht die Ursache dafür sein, daß George Bush so zielstrebig auf eine kriegerische "Lösung" zuarbeitete. Selbst nachdem zynische Berechnungen angestellt wurden, wieviele Tausend tote GIs dieser Krieg kosten werde, konnte die amerikanische Öffentlichkeit, in der der Schock des Vietnamkrieges wieder an die Oberfläche drang, dazu

gebracht werden, diesen Krieg als "notwendig" und "gerecht" zu interpretieren. Die völkerrechtliche Legitimation erhält dieser Krieg durch eine Resolution der UN-Sicherheitsrats, die die Anwendung von Gewalt zur Befreiung Kuwaits nach dem 15. Januar billigt. Diese Resolution hätte es ohne die entschiedene Haltung der US-amerikanischen Regierung nicht gegeben. Es sind auch schon Zweifel daran geäußert worden, ob diese Resolution überhaupt mit der Charta der Vereinten Nationen vereinbar ist. Darüber hinaus hat Bush auch immer wieder und immer unverrückbarer erklärt, daß die multinationalen Truppen nach dem 15. angreifen werden, wenn die irakischen Soldaten bis dahin nicht abgerückt seien.

Diese politische Situation machte die weitere Entwicklung geradezu unausweichlich. Ob Bush diese Sackgasse, an deren Ende nur die Eskalation des Golfkriegs stehen konnte, bewußt oder nur aus Unfähigkeit so energisch entlangging, ist schwer zu sagen.

Die beiden wesentlichen Faktoren, die für diese unnachgiebige Haltung der USA ausschlaggebend sind, sind wohl unbestritten: Da ist zum einen das Öl in der Golfregion, ohne das die gesamte westliche Wirtschaft zusammenbrechen würde. Die westliche Welt hat ein natürliches Interesse daran, daß die Staaten, in denen diese Ölquellen liegen, von verlässlichen Vertragspartnern geleitet werden, egal, ob diese demokratisch legitimiert sind oder nicht. Zum anderen ist das die Gefährdung des Staates Israel durch einen zu mächtig werden den Diktator.

Ich glaube, es ist unbestritten, daß die amerikanische Regierung nicht das Leben zehntausender GIs dafür riskieren würde, einen kleinen Wüstenstreifen zu befreien, den ein verrückter Potentat mit ein paar Panzern überfallen hat. Es wird ja auch ganz offen argumentiert, daß ein Krieg in diesem Ausmaß und zu diesem frühen Zeitpunkt notwendig sei, damit Saddam Hussein nicht noch mächtiger werde und (angeblich) eventuell sogar die Atombombe entwickeln kann. Wie wichtig die Verminderung des Waffenpotentials, das dem Irak ja gerade von den westlichen Ländern geliefert worden ist, in den Augen der amerikanischen Führung erscheint, ist daran abzulesen, daß diplomatische Initiativen um Friedensverhandlungen als "Dolchstoß" abgetan wurden.

Da ist zum einen die Zielvorstellung der Führung der Allianz: Die irakische Armee weicht dem militärischen Druck und wird aus Kuwait zurückgezogen. Nach den Ankündigungen Saddams Husseins kann dies aber nur geschehen, wenn entweder der Diktator gestürzt wird, oder die irakische Nation vollständig zerstört ist. In beiden Fällen werden die USA die Region nur dann verlassen, wenn der Irak nicht mehr als politisch aktive Kraft handeln kann. Die arabische Welt wird nach einem solchen "Frieden" aber tief gespalten sein. Die ungeheuren Umweltzerstörungen und die große Zahl der Opfer werden in der Bevölkerung vor allem auch dem "Erzfeind" USA angelastet werden, egal wie sehr die Emire auch beteuern werden, daß sie doch die UNO um Schutz gebeten haben. Ob das "befreite" Kuwait überhaupt noch bewohnt werden kann, ist ebenfalls fraglich. Wenn die irakische Regierung - wie angekündigt und zum Teil auch schon durchgeführt - Erdöl in unvorstellbaren Mengen auslaufen läßt oder anzündet, oder große Mengen Giftstoffe als Waffen einsetzt, werden die Kuwaitis nicht zurückkehren können. Der Krieg wird vollends sinnlos.

Eine irakische Führung kann den Krieg, so wie er im Moment durch die westlichen Regierungen geführt wird, nur durch eine Kapitulation beenden, bei der das Ende der Diktatur angeboten wird. Anders als in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, wird es aber nicht möglich sein, danach unter der Aufsicht alliierter Truppen auf den Trümmern einen überwiegend demokratischen und damit stabilen Staat zu errichten. Weder verfügt der Irak über eine (im Beispiel Deutschland nach '45 wenigstens ansatzweise vorhandene) demokratische Tradition, die nach einem solchen Desaster einen Wiederaufbau ermöglichen könnte, noch gehören die "Sieger" zum gleichen Kulturkreis wie die "Besiegten", was eine Identifizierung mit der anderen Seite nahezu unmöglich macht. Da der Irak nur ein Teil der arabischen Nation ist, wird eine jahrelange Besetzung durch westliche Truppen in den umliegenden Ländern nicht akzeptiert werden. Eine Ausweitung des Konflikts durch ein "Versailles am Golf" ist vorprogrammiert.

Ein Truppenabzug aus der Region nach einem "totalen Sieg" hinterlasse jedoch ein Machtvakuum, das die Nachbarstaaten geradezu einladen würde, das irakische Gebiet unter sich aufzuteilen. Daß dies friedlich geschehen kann, muß wohl bezweifelt werden, vor allem wenn es um die irakischen Ölfelder geht. Das diese Vermutung nicht aus der Luft gegriffen ist, kann mensch daran erkennen, daß der türkische Ministerpräsident schon ganz offen über den Anschluß irakischen Gebiets nachgedacht hat.

Eine zweite ebenfalls nicht unwahrscheinliche Entwicklung dieses Krieges besteht darin, daß aus verschiedensten Gründen die innerarabische Ablehnung gegenüber dem Diktator noch vor dem Ende der Kämpfe in eine antiamerikanische Haltung umschlägt. Dies kann zum Beispiel dadurch geschehen, daß angesichts der totalen Zerstörung und des grausamen Sterbens von Menschen und Umwelt in der Bevölkerung die Meinung wächst, daß die westlichen Truppen diesen Krieg gegen das gesamte arabische Volk führen und die Herrscher der arabischen Staaten nur als ihre Marionetten benutzen. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt einer solchen Theorie werden die Menschen den Berichten von Angriffen "mit chirurgischer Präzision" und dem Argument der UNO-Resolution nicht mehr glauben. Die Entwicklung wird in diesem Fall unweigerlich zu einem gesamt-arabischen Bürgerkrieg führen, den die westlichen Truppen nur noch länger und noch blutiger machen können. Die ersten Opfer dieser Auseinandersetzung werden dann gerade die Israelis sein, die in den Augen der arabischen Bevölkerung immer als die amerikanische Vorhut angesehen wurden.

Was also kann getan werden?

Durch einen Krieg kann die arabische Welt nicht zum Frieden finden, also muß versucht werden, diesen auf anderem Wege zu erreichen. Natürlich gibt es kein Patentrezept für die Auflösung eines solchen Interessenkonflikts, mensch kann nur versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Daher müssen die Bombardements sofort eingestellt werden und eine Friedenskonferenz, auch unter Beteiligung Saddams Husseins und ohne daß die irakischen Truppen vorher aus Kuwait abgezogen werden müssen, einberufen werden. Auf einer sol-

Der letzte Krieg

Nun war es also doch passiert. Alle hatten vorher gesagt, daß es Wahnsinn wäre und daß es deshalb keiner machen würde. Aber irgendwie war dann ein Wahnsinniger auf die Idee gekommen, es doch zu machen. Und er hatte es gemacht. Und alle anderen hatten natürlich nicht lange gezögert, ihm zu zeigen, daß sie es besser konnten. Im Grunde war es um eine Kleinigkeit gegangen, eigentlich nur ums Prinzip. Außerdem war der Wahnsinnige allein gegen den Rest der Welt, und keiner hatte geglaubt, daß der Wahnsinnige wirklich so wahnsinnig war. War er aber. Und so flogen halt die Atomraketen von Nord nach Süd und von Süd nach Nord und von Ost nach West und von West nach Ost.

Unsere Wissenschaftler hatten immer behauptet, unser Kontinent sei absolut sicher vor Atomraketen; der von ihnen entwickelte Abwehrschild sei absolut undurchdringlich. Wie der genau funktioniert hatte, habe ich nie so ganz verstanden. Jedenfalls war damit die Steuerelektronik der anfliegenden Atomraketen so beeinflusst worden, daß sie alle rund um unseren Kontinent in den Ozean gelenkt wurden. Gegen unsere Atomraketen hatten die Gegner keine Gegenwehr gehabt. Und damit unserer Armee niemand nachsagen konnte, sie mache halbe Sachen, hatten wir nicht nur den Wahnsinnigen, sondern, zugegebenermaßen teilweise mit dessen Hilfe, auch gleich noch unsere Verbündeten in die Steinzeit zurückgebombt.

Damit, so hatten sich die Generäle ausgerechnet, wäre unser Kontinent in den nächsten zig tausend Jahren der einzige zivilisierte, und es würde keine Kriege mehr geben.

Die Sache hat in der Praxis nur einen Haken gehabt. Die rund um unseren Kontinent im Ozean explodierten Sprengköpfe waren ausreichend gewesen, um die Kontinentalplatte von der übrigen Erdkruste zu trennen, so daß vor allen Küsten des Kontinents sich hervorquellende Lava, begleitet von Erdbeben und Flutwellen, breitzumachen begonnen hatte. Gleichzeitig hatte der Kontinent, langsam aber stetig, begonnen, unter den Meeresspiegel zu sinken.

Damit war also auch das Aussterben unserer Rasse unvermeidlich geworden, denn die anderen Kontinente werden, so die Wissenschaftler, noch für sechs- bis achtausend Jahre verseucht sein, und es sei den Wissenschaftlern bis jetzt erst gelungen, einen einzigen funktionierenden Prototyp einer Tiefschlafkammer zu bauen.



Also hatten die Wissenschaftler beschlossen, ihren besten Gentechniker zusammen mit allen möglichen Genmustern damit einzufrieren und in ein Boot zu stecken. Sie hatten den Wecker auf 8000 Jahre gestellt und dann das Boot versiegelt, das sie "Arche" genannt hatten.



Nun, jener Gentechniker bin ich, und vorgestern, 8000 Jahre nach dem Untergang meiner geliebten Heimat Atlantis, bin ich aufgewacht, und nun obliegt es mir, eine Zivilisation zu erschaffen, deren Mitglieder ohne Kriege miteinander auskommen. Und vor allem ohne alleswissende Wissenschaftler. Ich glaube, ich werde ihnen zwei Arme und zwei Beine geben, dann können sie aufrecht gehen und Sachen mit sich herumtragen.

Noah

PS.: Dieses Dokument soll, sollte es mir nicht gelingen, eine tatsächlich friedliche Rasse zu erzeugen, als letzte Warnung dienen. Von einem, der den Fehler schon miterleben mußte. Vielleicht gelingt es mir ja, eine denkende Spezies zu schaffen?

KRIEG !

Seit dem 16.1 wird im Namen von Völkerrecht und UN ein Krieg gegen den Irak geführt und hunderttausende Menschen werden ermordet. Ich möchte dazu keinen durchgehenden Text schreiben, sondern habe einfach das Bedürfnis die Fragen und Antworten, die mir im Kopf herumfliegen hier niederzuschreiben.

Wird dieser Krieg wirklich im Namen der UN geführt? Die UN-Resolution vom 29.11. erlaubt nach dem 15. Januar alle geeigneten Mittel auszuschöpfen, um die irakische Besetzung von Kuwait zu beenden. Aber ist der Angriff vom 16. Januar durch die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Saudi-Arabien ein geeignetes Mittel. Einige Staaten, die der Resolution zugestimmten oder sich enthielten, sehen dies anders und fordern ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen, die zur Zeit von den "Alliierten" ausgehen. Den UN, die zur Rechtfertigung dieses Krieges gebraucht wurde, wird durch Ankündigung amerikanischer und britischer Veti jede Möglichkeit genommen in dieser Richtung aktiv zu werden, nachdem z.B. der chinesischen Regierung ihr Veto zur Resolution vom

29.11 durch Rehabilitierung von den Massakern an der Demokratiebewegung abgekauft wurde. Bleibt das "Völkerrecht", das diesen Krieg tatsächlich rechtfertigt. Mir ist es aber egal, ob Verbrechen wie die Besetzung Kuwaits, Mord durch irakische Raketen oder amerikanische Flächenbombardierungen durch ein "Völkerrecht" gedeckt werden oder nicht. Ich empfinde es als zynisch, wenn angesichts des eigenen Massenmordes an der irakischen Bevölkerung (darunter verstehe ich auch die Soldaten) mit Empörung auf die Verletzung der Genfer Konvention, durch öffentliches Zeigen von Kriegsgefangenen, reagiert wird. Ein "Völkerrecht", das Krieg rechtfertigt erkenne ich nicht an. "Völkerrecht" und Genfer Konvention gehören zu den zynischsten Papieren der Menschheitsgeschichte und als solche in deren Mülltonne. Darüberhinaus bleibt die Frage, ob dieser Krieg für die genannten Ziele geführt wird oder ob diese nur vorgeschoben sind. Zumindest in Bezug auf die USA ist dies zu bezweifeln. Die US-Regierung hat sich noch nie um Völkerrecht oder Menschenrechte gekümmert, wenn es um ihre eigenen Interessen ging. - es ist

Sonntag 16 Uhr. ich höre gerade DLF-Nachrichten. Saddam Hussein kündigt einen nicht konventionellen Schlag gegen Israel an. Daran, daß er es ernst meint, wage ich nicht zu zweifeln, nachdem er Millionen Liter Öl in den Golf gekippt hat. Viele haben vor solchen Israel betreffenden oder ökologischen Eskalationen des Krieges gewarnt und ihn u.a. deshalb abgelehnt, aber die, die ihn führen, haben diese Drohungen nicht ernst genommen oder meinten (sagten es zumindest), sie können Saddam Hussein daran hindern. Mir wird schlecht, wenn ich daran denke wie scheinheilig westliche Politiker Saddam dafür verdammen werden, denn wo liegt der Unterschied ob ein Mensch an Gas krepirt, von serbombten AKW's verstrahlt, von Bomben zerfetzt oder an einer zerstörten Umwelt zugrunde geht. Die, die davor gewarnt haben, hatten Recht, aber was haben sie jetzt davon. - Die Geschichte us-amerikanischer Interventionen, besonders in Mittel- und Südamerika beginnt schon lange vor Vietnam, Chile, Nicaragua, Grenada und Panama. Genauso blind wie die US-Regierung bezüglich ihrer eigenen Völker- und Menschenrechtsverletzungen ist, genauso wenig interessieren diese sie, wenn ihre eigenen

Belange nicht berührt sind oder es sich um Verbündete handelt, wie z.B. die israelische Besetzung von Westbank und Gaza-Streifen oder die brutale Unterdrückung der Kurden (in Natoland Türkei) bzw. Giftgasangriffe auf kurdische Dörfer (durch Iran-Gegner Irak). Ein Staat, der sich selbst ein Recht auf Gewaltanwendung gegenüber schwächeren einräumt, kann (erst recht) nicht auf moralischer Grundlage gegen andere einschreiten, die "nur" dasselbe für sich in Anspruch nehmen.

Nun wird dieser Krieg geführt, unter anderem für westliche Wirtschaftsinteressen (oder warum sind die Aktien mit Kriegsausbruch so sprunghaft angestiegen), und er darf nicht verloren werden. Während im Irak hunderttausende sterben, wird in den USA und hier der Krieg in den Medien geführt. Eine strenge Zensur sorgt dafür, daß nur "positives" berichtet wird. Berichte über Zahlen der Opfer im Irak (vielleicht auch über eigene), über die bei der US-Army sicher Schätzungen vorliegen, oder über die unmenschlichen Auswirkungen der eingesetzten Waffen (im Gegensatz zu solchen über die technische Perfektion) werden nicht gesendet, denn dieser

Krieg wird ja nicht gegen das irakische Volk sondern gegen Saddam Hussein geführt. Diesmal soll, nach Aussagen amerikanischer Militärs und Politiker, der Krieg vor den Fernsehgeräten gewonnen, nicht wie der Vietnamkrieg verloren, werden. Ein vor den Fernsehschirmen verlorener Krieg ist aber ein Zeichen für eine (wenn auch zu spät) funktionierende Demokratie; ein dort gewonnener eher eines für eine Diktatur. Der Medienkrieg wird auch gegen die "sogenannte" Friedensbewegung geführt. Die Demonstrationen sind schädlich für das Ansehen der BRD äußerten Nato-Generalsekretär Wörner und Kriegsminister Stoltenberg. Den DemonstrantInnen wird eine anti-amerikanische Einstellung vorgeworfen. Aber es reicht nicht, wenn wir auf der Straße nur unsere Betroffenheit und unsere grundsätzliche Einstellung gegen den Krieg zeigen, wir müssen uns auch öffentlich mit den Gründen für und den Interessen hinter diesem Krieg befassen. Wenn dabei unter anderem die US-Regierung kritisiert wird, muß dies auch nach außen dringen. Sind die 600.000, die am 26.1 in den USA mit den gleichen Inhalten und ähnlichen Parolen demonstriert haben auch anti-amerikanisch? Anti-amerikanismus ist, konnte

mensch letzte Woche auf einem Flugblatt lesen, "wenn amerikanische SoldatInnen am Golf mit deutschem Gas getötet werden." Genau das wollen wir nicht.

Dieser Artikel wurde im Zeitraum vom 27. Januar bis zum 2. Februar geschrieben.

Christoph



KINDER AN DER FRONT: Nur 17 Jahre alt ist Großbritanniens jüngster Soldat im Golf-Krieg. Vincent Stott (unser AP-Bild) dient im Regiment der Royal Scots.

Frankfurter Rundschau
2.2. 91

Beschluß der Vollversammlung von Studierenden an der FAU
Erlangen-Nürnberg vom 31.01.1991

Der Krieg beginnt in den Köpfen der Menschen

(Albert Einstein)

Eine Ölpest ungeahnten Ausmaßes wird erzeugt; Ölfelder brennen; weltweite ökologische Schäden sind absehbar; die Zahlen über Opfer in der Zivilbevölkerung werden verschwiegen und das Morden geht weiter; der Giftgasangriff auf Israel ist angekündigt; Türkische Truppen bereiten sich auf eine irakische Invasion vor; Deutschland lieferte und liefert tausende Tonnen Munition und Hunderte von Panzern in die Kriegsregion; eine Grundgesetzänderung zugunsten eines deutschen Truppeneinsatzes wird diskutiert; Informationen werden zurückgehalten, Nachrichten zensiert.

Hunderttausende protestieren, SchülerInnen bringen in Demonstrationen ihre Angst und Wut zum Ausdruck. An fast allen deutschen Universitäten ist der Golfkrieg in Aktionen und innerhalb des Lehrbetriebes das bestimmende Thema - und dies mit teilweiser oder ganzer Unterstützung der Universitätsleitungen.

In Erlangen und Nürnberg wird fleißig und wortlos weiterstudiert!
Aber

Schweigen toleriert das Morden!

Als Studierende sind wir an diesem "Mords-Geschäft" indirekt beteiligt, oft ohne davon zu wissen. Studien- und Diplomarbeiten werden von den Lehrstühlen an Rüstungsfirmen weitergegeben. Hiwis arbeiten auch für militärische Drittmittelforschung.

Dies ist eine Unterordnung der Hochschulen unter Industrie-Interessen. Demokratische Mitsprache über die Verwendung von Forschungsergebnissen besteht nicht.

Gerade auch die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften geben sich mit ihrer eigene Bedeutungslosigkeit zufrieden und versäumen es, aktuelle und existentielle Fragestellungen in ihre Arbeit mitaufzunehmen und mit den Ergebnissen nach außen zu treten.

Die gesellschaftliche Verantwortung der StudentInnen besteht darin, sich mit dem kritisch auseinanderzusetzen, was sie tun und den Mantel der angeblichen Neutralität der Wissenschaft zu lüften. StudentInnen haben in ihren Fächern die Möglichkeit, hinter die Kulissen zu blicken.

Es ist völlig unumstritten, daß die Krise spätestens am 2. August begonnen hat, und daß der irakische Überfall auf Kuwait nicht zu rechtfertigen ist. Er ist aber nicht der Grund für die schon Jahre dauernden Kämpfe und für die sogenannte Instabilität in der Region.

Die Irakische Regierung kann den Angriff auf Israel als makabres Mittel benutzen, um die arabische Bevölkerung hinter sich zu bringen. Das erklärt sich nicht nur aus der Person Saddam Hussein, sondern auch aus der konfliktträchtigen Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens. Mit der amerikanischen Offensive ist der Weg zu einer politischen Lösung jedoch auf unabsehbare Zeit versperrt.

Deshalb fordern wir:

- Sofortiger Stop der Kriegshandlungen, Waffenstillstand zunächst auch einseitig
- Keine weitere Eskalationspolitik (Verhinderung einer Nahostkonferenz und des Waffenstillstandes) von Seiten des Weißen Hauses, des Pentagons, der israelischen Regierung und der irakischen Regierung
- Sofortige Verhandlungen
- Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait und Kurdistan, Sicherung von Kuwait und Saudi-Arabien durch arabische Truppen unter UNO-Flagge
- Fortsetzung des Wirtschaftsembargos mit Ausnahme von Nahrungsmitteln und Medikamenten
- Einberufung einer Konferenz zur Lösung der Nahostprobleme: unter menschen- und völkerrechtlichen Aspekten; unter Offenlegung der einseitigen Interessen der außerarabischen Wirtschaftsländer; Anstreben einer Lösung von und für die Menschen dieser sogenannten "Dritte-Welt-Länder", nicht aus westlich, kapitalistisch, imperialistischem Blickwinkel
- Einstellung der Kriegsunterstützung durch die Bundesrepublik (Abzug der deutschen Soldaten aus der Türkei, Einstellung der logistischen und finanziellen Unterstützung, keine Waffen-, Munitions- und Ersatzteillieferungen)
- Keine Änderung des Grundgesetzes, die den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes erlauben würde
- Abschaffung der Zensur, freie und ehrliche Berichterstattung in allen Medien
- Verbot aller Rüstungsexporte
- Keine Steuerentlastung für die Industrie, die am Krieg verdient
- Keine Steuererhöhung zur Finanzierung des Krieges

Wir fordern alle Wehrpflichtigen und Reservisten auf, von ihrem Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung Gebrauch zu machen.
Wir fordern alle Studentinnen und Studenten dazu auf, Fragestellungen zu Rüstung und Krieg in Seminare und Vorlesungen zu tragen sowie Aktualität der Lehrveranstaltungen einzufordern.

Darüberhinaus fordern wir

- Sofortige Informations- und Veröffentlichungspflicht der Lehrstühle über ihre Forschungsergebnisse wie auch ihre AuftraggeberInnen
- Demokratische Mitsprache der Studentinnen und Studenten in den Hochschulgremien
- Demokratische Mitsprache der Hochschulgremien über die Verwendung der Forschungsergebnisse
- Einführung des "Prinzips Verantwortung" in das natur- und geisteswissenschaftliche Studium

Eine Gegenöffentlichkeit zu den dominierenden Massenmedien muß geschaffen werden.

Es soll der Versuch unternommen werden aktuelle und wichtige Problembereiche in Arbeitskreisen zu behandeln und an eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Wir fordern die Studentinnen und Studenten dazu auf, Fragestellungen in Seminare und Vorlesungen zu tragen sowie Aktualität der Lehrveranstaltungen einzufordern.

V.i.S.d.P.: F. Unglaub für die StuVe der FAU, Turnstr. 7, Erlangen

Ermittlung gegen „Deserteure“

TRIER, 1. Februar (Reuter). Die Staatsanwaltschaft Trier hat wegen „öffentlichen Aufrufs zur Fahnenflucht“ ein Ermittlungsverfahren gegen etwa 200 Studenten der Trierer Universität eingeleitet. Der Leitende Oberstaatsanwalt Wilbert Ringel sagte am Freitag in Trier, alle Studenten, die an der Vollversammlung in der letzten Woche teilgenommen hätten, müßten in das Verfahren einbezogen werden. Bei einem „Aktionstag gegen den Krieg am Golf“ hatten die Studenten mit 83 gegen 79 Stimmen einer Resolution zugestimmt, die alle Soldaten aufforderte, im Falle eines Kriegseintritts Deutschlands zu desertieren.

Die Staatsanwaltschaft sieht darin nach Angaben Ringels eine „öffentliche Aufforderung zum Begehen der Straftat Fahnenflucht“. Das Strafmaß dafür liege zwischen einer Geldstrafe und fünf Jahren Gefängnis, sagte Ringel.

Frankfurter Rundschau vom 2.2.91

Der Staat schlägt zu. Ein Ermittlungsverfahren gegen eine gesamte Vollversammlung wegen einer Resolution. Diese Resolution hat den Staat an einer seiner empfindlichsten Stellen getroffen. Sie untergräbt eine seiner Machtsäulen, die Armee. Desertion ist das Recht einer Soldatin, sich für ihr Leben und gegen die Interessen der Herrschenden zu entscheiden. Ein Verbot verletzt das Recht auf Leben, ein grundlegendes Menschenrecht. Ein solches Gesetz darf es nicht geben.

Wir erklären uns solidarisch mit allen, die direkt oder indirekt mit diesem Gesetz in Konflikt geraten.

Stefan Küttas

Christoph Kopp

Jürgen Gehard

Dirk Bätz

Jan-Peter Re

Thomas Weber

Erk Jell

in. faehl

Ulrich C. Bohm

con espressione



With God on our Side

Oh, my name is nothing, my age it means less,
The country I come from is called the Mid-West.
I's taught and brought up there, the laws to abide,
And that land I live in has God on its side.

Oh, the history books tell it, they tell it so well,
The cavalries charged, the Indians fell.
The cavalries charged, the Indians died,
Oh, the country was young with God on its side.

Oh, the Spanish-American War had its day,
and the Civil War too was soon laid away,
And the names of the heroes I's made to memorize
With guns in their hands and God on their side.

Oh, the First World War, boys, it came and it went,
The reason for fighting I never did get.
But I learned to accept it, accept it with pride,
For you don't count the dead when God's on your side.

The Second World War finally came to an end,
We forgave the Germans and then we were friends,
Though they murdered six millions in the ovens they fried,
The Germans now, too, have God on their side.

I've learned to hate Russians all through my whole life,
If another war comes, it's them we must fight.
To hate them and fear them, to run and to hide
And accept it all bravely with God on our side.

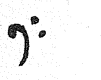
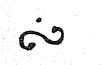
But now we got weapons of chemical dust,
If fire them we're forced to, then fire them we must.
One push of the button and a shot the world wide,
And you never ask questions when God's on your side.

In a many dark hour I've been thinking all this,
That Jesus Christ was betrayed by a kiss.
But I can't think for you you'll have to decide
Whether Judas Iscariot had God on his side.

So now as I'm leavin' I'm weary as Hell
The confusion I'm feeling ain't no time to tell.
The words fill my head and fall to the floor,
If God's on our side, he'll stop the next war.

Bob Dylan, 1964

hac kato



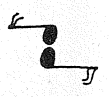
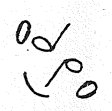
con fuoco



tr



Larghetto



29



Neulich in der Studienkommission

am 19.12.90

Von der Sitzung der Studienkommission (StuKo) am 19.12.90, die erstmals von dem neuen Sprecher Prof. Mertens geleitet wurde, gibt es folgendes zu berichten:

- Es gibt fast keine Überlast mehr in der Erlanger Informatik! Laut Kapazitätsverordnung haben wir 251 Studienplätze für StudienanfängerInnen gegenüber 280 Einschreibungen zum WS 1990/91, also nur noch läppische 11 % Überlast. Hochgerechnet hieße das: auf ca 600 Informatik-Studienplätzen studieren 666 Leute. Merkwürdig an dieser Rechnung ist, daß es tatsächlich 1770 sind, also immer noch fast 3 Studierende auf einen Studienplatz kommen.

- An der WISO ist die Einführung eines Studiengangs Wirtschaftsinformatik mit 20 Studierenden pro Jahr geplant, was allerdings noch durch die Gremien abgesegnet werden muß.

- Zum bisherigen traditionellen Weg für FachhochschulabsolventInnen, zu einem Dokortitel zu kommen, nämlich das Universitätsdiplom abzulegen und anschließend zu promovieren, kommt nun noch eine zweite Möglichkeit: FH-AbsolventInnen mit einem Abschluß von mindestens sehr gut können nach dem Bestehen einer ca. 3-stündigen mündlichen Eignungsprüfung auch ohne Uni-Diplom in dem Fach an der Uni promovieren, das sie an der FH abgeschlossen haben. Der Vorstand des IMMD schlägt eine solche Eignungsprüfung allgemein für Promotionswillige mit Hochschulabschluß aus einem Studiengang vor, der nicht in der Promotionsordnung für die TechFak vorgesehen ist, was heißt, daß z. B. Studis mit einem MA in Linguistik nach Ablegen dieser Eignungsprüfung in Informatik promovieren könnten.

- Zu unserer Beschwerde über die Vorkommnisse in Physik / E-Technik (siehe dazu Bericht über die StuKo-Sitzung vom 28.11.90 im OUTPUT Dez. 90):

Bezüglich des Termins der Seitzer-Klausur wurde sich angeblich sehr viel Mühe gegeben, aber in Zukunft soll es noch besser werden: es wird versucht, die Termine schon so frühzeitig festzulegen, daß Kollisionen noch vermieden werden können (na, hoffentlich!). Bei der Vorbesprechung zum Elektrotechnischen Praktikum (EP) wird in Zukunft auf eventuell parallel liegende Hauptvorlesungen geachtet, was allerdings bedeuten kann, daß die Vorbesprechung irgendwann abends stattfinden muß.

Die Entschuldigung von Prof. Kunze für die Verzögerung der Physik-Scheine war, daß ihm zur Korrektur zu wenig Mitarbeiter zur Verfügung stehen und er vom Physik-Institut auch nicht unterstützt wird (wie war das noch mal von wegen keine Überlast mehr?). Er ist jedoch bereit, die Klausuren höherer Semester vorrangig zu korrigieren.

An dieser Stelle ein Appell an euch: angesichts der katastrophalen Raumsituation und zur Vermeidung überflüssiger Papiermengen solltet ihr Voranmeldungen zu Scheinklausuren oder zum EP etc. ernst nehmen. Es ist keine Schikane, sondern für die Reservierung von Hörsälen notwendig. Wenn zu den Klausuren mehr Leute kommen als sich angemeldet haben, wie es z. B. in DAS im letzten Semester vorkam, gibt es entweder zu wenig Klausur-exemplare, oder es müssen viel mehr Exemplare gedruckt werden als sich Leute angemeldet haben, und davon bleibt dann jede Menge übrig.

Die Studienreform ist durch!

zumindest in der StuKo; Fachbereichsrat (FBR) und Senat muß sie noch passieren, was sie aber zweifellos tun wird, und vom Ministerium (MiWiKu) genehmigt werden. Sollte alles gutgehen, tritt das Reformmodell zum kommenden WS 1991/92 für die dann beginnenden Erstsemester in Kraft.

Verabschiedet wurden die Fachprüfungsordnung (FPO) und die neue Studienordnung in der Fassung vom 28.11.90 mit kleinen Änderungen. Betreffs der Übergangsregelungen gibt es folgende Rechtsauskunft von Herrn Merker, Rechtsreferent der Uni:

- Studierende, die nach dem alten Plan begonnen haben, dürfen durch die Umstellung nicht behindert werden, d. h. wer nach dem alten Modell angefangen hat, muß auch danach fertig studieren dürfen.

- PrüfungswiederholerInnen haben keinen Anspruch auf nochmaliges Hören des Prüfungsstoffs, d. h. die für das alte Modell prüfungsrelevanten Veranstaltungen müssen nicht länger gehalten werden als bis zum SS 1991 für das 2. Semester bzw. zum SS 1992 für das 4. Semester, das betrifft vor allem Logik und Berechenbarkeit.

- Da Scheine Nachweise über die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung (LV) sind, müßten die Veranstaltungen, auf die es nach dem alten Modell Scheine gibt und die im neuen nicht mehr auftauchen, noch länger gehalten oder äquivalente Scheine angeboten und anerkannt werden.

Die neue FPO sieht folgendes vor:

§ 2 Übergangsregelungen

(1) Diese Änderungssatzung ist anzuwenden auf Studenten, die ihr Studium im WS 1991/92 beginnen. Auf Studenten, die sich im WS 1991/92 im 3. oder einem höheren Fachsemester befinden, ist sie auf Antrag anzuwenden.

(2) Studenten, die nach den bisherigen Bestimmungen ihre Diplomvorprüfung ablegen, können als Zulassungsvoraussetzung

statt Leistungsnachweisen in	ersatzweise Leistungsnachweise in
1. Technologische Grundlagen der Informatik	1. Organisation und Technologie von Rechensystemen I oder II
2. Grundzüge der Informatik	2. Algorithmik II
3. Problemorientierte Programmierung	3. Algorithmik I
4. Diskrete Algebraische Strukturen	4. Theoretische Informatik

vorlegen.

*: In letzter Minute hat uns noch die Nachricht erreicht, daß Herr Merker noch einiges an dem Entwurf auszusetzen hat, weswegen die StuKo noch am 8.7. ein paar Änderungen beschließen wird, bevor er in den Senat kommt.

- (3) Studenten, die sich im WS 1991/92 im 3. oder einem höheren Fachsemester befinden und nach den neuen Bestimmungen ihre Diplomvorprüfung ablegen wollen, können als Zulassungsvoraussetzung

statt Leistungsnachweisen in
1. Organisation und Technologie von Rechen-
systemen III und IV
2. Systemprogrammierung I oder II

ersatzweise Leistungsnachweise in
1. Technologische Grundlagen der Informatik
2. Grundzüge der Informatik und
Problemorientierte Programmierung

vorlegen.

- (4) Studenten, die den ersten Abschnitt der Diplomvorprüfung nach den bisherigen Bestimmungen abgelegt haben, wird die Prüfung in "Grundzüge der Informatik I und II" als Prüfung "Algorithmik", die Prüfung "Technologische Grundlagen der Informatik I und II" als Prüfung "Organisation und Technologie von Rechen-
systemen I und II", die Prüfung "Mathematik I und II" als Prüfung "Mathematik für Informatiker I und II" anerkannt, wenn sie den zweiten Abschnitt nach den neuen Bestimmungen ablegen wollen.
- (5) Die Einzelprüfungen "Algorithmik" und "Organisation und Technologie von Rechen-
systemen I und II" werden erstmalig im Oktober 1992, die Einzelprüfung "Einführung in die theoretische Informatik" wird erstmalig im Oktober 1993 angeboten.

Auf unseren Vorschlag hin wurde eine Notiz ins Protokoll aufgenommen, daß für eine Übergangszeit von einem Jahr wenigstens die Übungen zu den Vorlesungen, die im neuen Modell nicht mehr auftauchen, angeboten werden (das sind vor allem DAS, GdI, Logik und Berechenbarkeit, Physik und E-Technik).

In der Studienordnung gibt es nunmehr 3 Sorten von Nebenfächern:

1) die 10 in der FPO / Studienordnung aufgeführten Fächer: BWL, Biologie, E-Technik, Fertigungstechnik, Linguistik, Mathematik, Medizinische Informationsverarbeitung, Physik, Physiologie, Soziologie.

2) Weitere allgemein zugelassene Nebenfächer, die nicht in dieser Liste stehen, aber vom Prüfungsamt per Aushang bekanntgegeben werden (das sind derzeit Chemie, Geologie, Musikwissenschaft, Sinologie, Psychologie, Philosophie, Japanologie und Islamwissenschaften). Einige davon sind außer den unter 1) genannten Fächern auch mit Modellen im Studienführer Informatik aufgeführt.

3) Nebenfächer, die jedeR Studierende einzeln bei der StuKo beantragen muß (z. B. Theologie)

Zu einer Studienreform im Hauptstudium meint der Vorstand des IMMD, damit solle so lange gewartet werden, bis erste Erfahrungen mit der Grundstudiumsreform vorliegen (weitere 11 Jahre?). Die alten Hauptstudiumsvorlesungen sollen aber inhaltlich auf das neue Grundstudium angepaßt werden.

Unabhängig von einer Hauptstudiumsreform halten wir das Konzept der Studienarbeit für diskussionswürdig, da die meisten Studienarbeiten derzeit weit mehr als die veranschlagte Zeit von 3 Monaten in Anspruch nehmen. Auf einer der nächsten Sitzungen soll daher über die Studienarbeit und eventuelle Alternativen diskutiert werden. Wohlwollend sprach sich die StuKo für Projektseminare und/oder -studienarbeiten aus, d. h. mehrere

Leute arbeiten zusammen an einem Projekt, was allerdings nach Ansicht der StuKo einen höheren Betreuungsaufwand mit sich brächte.

Der Punkt Studienzeitverkürzung schließlich wurde auf unseren Antrag auf eine Sondersitzung am 14.01.91 vertagt, um dem Personalrat der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen noch Zeit zu geben, eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Sondersitzung

14. 1. 91

Am 14.1. fand eine Sondersitzung der Studienkommission Informatik (StuKo) zum Thema Studienzeitverkürzung statt, auf der eine Stellungnahme zum Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums erarbeitet wurde. Als Diskussionsgrundlage lag ein Entwurf vom Sprecher der StuKo, Prof. Mertens, eine Stellungnahme der FSI-Informatik sowie eine des Personalrats der Informatik vor.

Schließlich wurde der Entwurf von Prof. Mertens mit den von der StuKo beschlossenen Änderungen verabschiedet und zusammen mit den beiden anderen Stellungnahmen zunächst an den Fachbereichsrat (FBR) weitergeleitet, der aus den Stellungnahmen der fünf Fachrichtungen der Tech-Fak eine endgültige Stellungnahme der Fakultät erstellt.

Wir gewannen auf dieser Sitzung den Eindruck, daß einige unserer Professoren die Ansicht des Ministeriums teilen, der Hauptgrund für die langen Studienzeiten sei in der Faulheit der Studierenden zu suchen. (Ob sie unsere Stellungnahme überhaupt gelesen hatten?)

So werden beispielsweise die Zeitbegrenzung bei Studien- und Diplomarbeiten als sinnvoll erachtet, um dem Engagement der Studierenden auf die Sprünge zu helfen. Unserer Ansicht nach sind die Gründe für die ausufernden Studienarbeiten auch bei den BetreuerInnen zu suchen, da die an die Arbeiten gestellten Erwartungen oft nicht in der geplanten Zeit zu erfüllen sind. Als Motivationshilfe für die "Bummelstudenten", sich zu beeilen, war sogar die Einführung von Studiengebühren im Gespräch (als ob Studieren im Moment kostenlos wäre). Gottseidank wurde der Vorschlag,

diese Möglichkeit in die Stellungnahme der StuKo aufzunehmen von der Mehrheit der Mitglieder abgelehnt, denn dann würde sozial Schwächeren das Studium verwehrt bleiben, während die Kinder begüterter Eltern darin keinen Grund sähen ihr Studium früher zu beenden.

In einem Brief an den Sprecher der StuKo hat Prof. Schneider übrigens auf einen methodischen Fehler bei der Berechnung der durchschnittlichen Fachstudierendauer durch die statistischen Landesämter hingewiesen. Dadurch, daß der Mittelwert der

Semesterzahlen der erfolgreichen AbsolventInnen in einem festen Zeitraum gebildet wird, gehen in diesen Wert die Studiendauern verschiedener Anfängerjahrgänge, die unter Umständen unterschiedlich stark waren, mit ein. Dies hat den Effekt, daß die statistische mittlere Studiendauer der eines Anfängerjahrganges um mehrere Jahre hinterherhinkt.

Nach Prof. Schneiders Auffassung läßt sich deswegen aus der amtlichen Statistik kein Anstieg der Studienzeiten in den letzten Jahren ableiten.

Die Stellungnahme der StuKo, die im wesentlichen mit unserer Position übereinstimmt, beginnt mit allgemeinen Vorbemerkungen zum Maßnahmenkatalog:

"Die Vorlage des Ministeriums behandelt eine Reihe von Rahmenbedingungen nicht, die beträchtlichen Einfluß auf die Studiendauer haben:

1. Überlast

Zur Zeit 1770 Studierende bei einem Ausbauziel von 600

2. Notwendigkeit für viele Studierende, wegen der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten (Mieten!) geld hinzuzuverdienen

3. Defizite der Studienanfänger (z.B. Mathematik, Naturwissenschaften, Rechtschreibung, Fremdsprachen) als Folge des erleichterten Abiturs

4. Wunsch der Studierenden nach verkürzter Arbeitszeit bzw. längeren Urlaubsperioden, Auslandsreisen und ähnlichem parallel zu den in der Bundesrepublik sich entwickelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

5. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das Wissen in den einzelnen Fächern durch den wissenschaftlichen Fortschritt zunimmt. Will man darauf nicht mit einer Verlängerung der Studienzeiten reagieren oder sogar mit einer Studienzeitenverkürzung, so hat man folgende Strategien zur Wahl:

a) Einbuße an Qualität in dem Sinne, daß die Absolventin/ der Absolvent einen immer kleineren Teil seines Faches übersieht (insbesondere wenn man die Studienzeiten verkürzen will).

b) Stärkere Aufspaltung der Studienrichtungen, verbunden mit erhöhtem Risiko auf dem Arbeitsmarkt

c) Darbietung des Wissens in einer sehr allgemeinen Form; Verlagerung von Ausbildungsteilen in der Informatik (z.B. Kenntnisse von Betriebssystemen/Programmiersystemen/Softwareentwicklungswerkzeugen) in die Berufspraxis.

d) Trennung der Studierenden in eine größere Gruppe, die relativ früh einen Studienabschluß auf begrenztem Niveau erreicht, und eine kleine Gruppe besonders Motivierter, die in einem weiteren Studienabschnitt vertiefte Kenntnisse erwerben."

Als kritisch betrachten wir allerdings den Punkt 5d), der auf das "bachelor"-Modell abzielt:

Ein kurzes Schmalspurstudium für die breite Masse, auf das eine nach Abschlußnoten ausgewählte Elite ein wissenschaftliches Aufbaustudium setzen darf.

Dann müßten sich die Professoren nur noch 3 Jahre lang mit dem unlustigen Mittelmaß herumärgern.

Sicherlich ist es für die Professoren nicht angenehm vor überfüllten Hörsälen Vorlesungen zu halten und entsprechend viele Klausuren zu korrigieren bzw. mündliche Prüfungen abzuhalten. Durch diese Zweiteilung des Studiums würde jedoch (wieder einmal) das Problem der Überlast auf Kosten der Studierenden gelöst.

Wir halten es für sinnvoll, das Studium in der bisherigen Form - ein Studiengang für alle - beizubehalten. Die Gesellschaft benötigt keine FachidiotInnen, sondern AkademikerInnen mit Einblick in gesellschaftliche Zusammenhänge und fachübergreifendem Wissen, und das ist nun einmal nicht in so kurzer Zeit (6 Sem.) vermittelbar.

Nun zu dem Teil der Stellungnahme, der sich mit den einzelnen Punkten des Maßnahmenkatalogs auseinandersetzt. (Anmerkung: bei Meinungsdivergenzen zwischen den Professoren und uns wurde unsere Meinung, als solche gekennzeichnet, mit in die Stellungnahme aufgenommen.) Zu den wenig kritischen Punkten 1-4 des Katalogs, in denen es um Studienordnungen, Studienberatung, Verminderung der Anzahl von Scheinen geht, wird angemerkt, daß die Vorschläge des Ministeriums entweder bereits realisiert sind oder durch die Studienreform abgedeckt werden.

Zu Punkt 5 (Begrenzung der Bearbeitungsdauer, des Umfangs und der Wiederholbarkeit von Studienleistungen) hatte die StuKo bereits auf einer früheren Sitzung festgestellt, daß sie die Einschränkung der Wiederholbarkeit nicht als sinnvoll erachtet. Auch die vorgeschlagene Begrenzung der Seitenzahl auf 20 wurde abgelehnt, da nicht die Verhältnisse im Informatik-Studium treffend.

Bezüglich der Bearbeitungsdauer enthält die Stellungnahme sowohl die Ansicht der Professoren, eine Einführung der maximalen Bearbeitungsdauer sei sinnvoll, als auch unsere Haltung gegen die Vergabe eines verpflichtenden Endtermins.

Wir hielten stattdessen einen Richtwert für die Dauer der Studienarbeit für sinnvoll, d.h. es sollte Themen geben, die innerhalb dieser Zeit zu bearbeiten sind, aber Studierenden, die sich intensiver mit einem Problem auseinandersetzen wollen, darf dies nicht durch eine Zeitbeschränkung verwehrt werden.

Zu dem Punkt "Studienberatung vor Festlegung der Studienschwerpunkts durch den Studenten" steht in der Stellungnahme: "Studienberatung durch Fachschaft Informatik wird gut angenommen." Dies bezieht sich auf* die Informationsveranstaltungen über die Neben- und Schwerpunktfächer, die jeweils im 2. und 4. Semester von der FSI veranstaltet werden. Dazu ist folgendes zu sagen: eigentlich ist das die Aufgabe des Studienberaters, wird aber von uns als freiwillige, unbezahlte Serviceleistung für die Studierenden angeboten.

* die Erstsemester-Einführung

sowie

Zu Punkt 7 "Begrenzung der Studienabschlußarbeiten auf ihre Zwecke als Prüfungsleistungen" enthält die Stellungnahme die Ansicht, daß die Diplomarbeiten keine Prüfungsleistung sondern eine wissenschaftliche Arbeit ist und bleiben sollte, weswegen eine Begrenzung des Umfangs nicht wünschenswert ist.

Die vom Ministerium vorgeschlagene Verteilung der Diplomanden auf die Prüfungsberechtigten durch den Prüfungsausschuß muß dem äußersten Notfall vorbehalten bleiben.

In der Stellungnahme zu Punkt 14 "Schaffung von Anreizen für Hochschullehrer zur Verkürzung von Studienzeiten" begrüßt die StuKo eine regelmäßige Beurteilung der Lehrleistung durch die Studierenden nach US-amerikanischem Vorbild und regt an, daß der Studierendenvertretung dafür vom Ministerium Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

Zum Thema "Sondermittel für Facheinheiten, die besondere Leistungen und Erfolge zur Verkürzung der Studienzeiten erbracht haben" (= Abschlußprämien) enthält die Stellungnahme unsere Kritik, daß durch schärfere Prüfungen, die die mittlere Studiendauer der erfolgreichen AbsolventInnen senken würden, die Abbruchquoten steigen.

Zu Punkt 15 "Volle Ausnutzung der Raum- und Personalkapazitäten" steht in der Stellungnahme. " Der Optimierung des Studiendurchlaufs sind durch Kapazitätsengpässe Grenzen gesetzt. Kompaktkurse sind nur in Ausnahmefällen tauglich."

Wie der LeserIn bereits aufgefallen sein wird, fehlen die Punkte 8-13, welche die restriktiveren Handhabungen bei Beurlaubungen, Krankheitsfällen, Meldefristen sowie die Einschränkung der Rücktritts- und Wiederholungsmöglichkeiten von Prüfungen beinhalten. Die StuKo erklärte sich für nicht zuständig, das sei Sache des Prüfungsamtes bzw. des Prüfungsausschusses (In diesem Gremium sitzen keine StudierendenvertreterInnen!), aber wenn am Ende der Sitzung noch Zeit wäre, könne man auch darüber noch diskutieren.

Da das zeitliche Ende der Sitzung bereits auf der letzten Sitzung festgelegt worden war, blieb zu unserem Bedauern keine Zeit mehr für diese wichtigen Punkte.

Im Großen und Ganzen können wir eigentlich mit dieser Stellungnahme zufrieden sein. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie sich die höheren Gremien (FBR, Senat) dazu äußern werden und wie das Ministerium reagieren wird. Wir sind beliebig pessimistisch...

Jäger

Elle

meinung

Stellungnahme der FSI-Informatik zum Maßnahmenkatalog des Bayerischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (MiWiKu) zur Studienzzeitverkürzung

1. Der "Maßnahmenkatalog" geht am Ziel vorbei.

- meinung
- i) Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind im wesentlichen administrativer Natur, sie bekämpfen die Symptome, aber nicht die Hauptursache langer Studiendauer, die Überlastsituation. Auch in der Informatik ist das Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden zahlenmäßig so ungünstig, daß eine intensive und individuelle Betreuung unmöglich ist, was nachweislich zur Verlängerung des Studiums führt. So gibt es kaum Studierende im Grundstudium, die näher mit AssistentInnen oder Professoren (und ihrer Arbeit) in Berührung kommen. Dem kann nur durch Schaffung neuer Planstellen, insbesondere im Mittelbau, abgeholfen werden - eine Maßnahme, die im Gegensatz zu den Vorschlägen des Ministeriums nicht kostenlos ist. Angesichts der ungenügenden Ausstattung der Hochschulen sind Forderungen wie die nach "voller Ausnutzung der Raumkapazität" schlichtweg eine Frechheit.
- meinung
- ii) Eine Reihe von Maßnahmen des Katalogs zielen darauf ab, Studien- und Prüfungsordnungen so zu verschärfen, daß ein "langsames" Studium zur Zwangsexmatrikulation führt. Dadurch kommt keine einzelne StudentIn schneller zu einem Abschluß, sondern die langsameren werden aus der Statistik herausgematrikuliert, wodurch die durchschnittliche Studienzzeit erfolgreicher AbsolventInnen sinkt. ABER: Die AbbrecherInnen beginnen eine zweite Ausbildung, wodurch sich die durchschnittliche Ausbildungsdauer insgesamt erhöht. Mit den Abbrecherquoten steigen zwangsläufig auch die Anfängerzahlen. Damit können Zwangsexmatrikulationen auch nicht als Mittel zur Bewältigung der Überlast angesehen werden, zumal die Zeit für ein (später) abgebrochenes Studium für Studierende und Lehrende als vergeudete Zeit betrachtet werden muß. Auch ist der Abschluß eines "Erst"studiums nach längerer Studiendauer für alle Beteiligten fast immer kostengünstiger als ein Abbruch mit anschließendem "Zweit"studium in der Regelstudienzeit. Im Zusammenhang mit der Zwangsexmatrikulation als Mittel zur "Verkürzung" der Studiendauer müssen die "Sondermittel für Facheinheiten, die besondere Leistungen und Erfolge zur Verkürzung der Studienzeiten erbracht haben", als "Abschlußprämien" gesehen werden.
- meinung
- iii) Die Autoren des Katalogs scheinen davon auszugehen, daß ein wesentlicher Grund für verlängerte Studienzeiten der mangelnde Wille zum Abschluß ist. Diese Ansicht entbehrt, gerade in ingenieurwissenschaftlichen Fächern, jeglicher Realität, da in der Industrie enorme Einstiegsgehälter locken. Trotzdem steigt auch hier die Studiendauer ständig, was größtenteils, wie schon ausgeführt, auf den mangelnden Ausbau der Hochschulen zurückzuführen ist. Angesichts dessen sind Bezeichnungen wie "Bummelstudenten" eine Unverschämtheit. (Nebenbei wären nach Definition des Ministeriums fast alle Informatikstudierenden Bummelstudenten.) Studierende, die wegen finanzieller Probleme zur Teilzeit-Arbeit gezwungen sind, gibt es für das Ministerium nicht. Die Forderung des Papiers, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht als Grund für ein verlängertes Studium anzuerkennen, sondern von den Studierenden selbst zu vertreten sind, bedeutet eine weitere Aushöhlung der Chancengleichheit.

2. Steigende Anforderungen vs. Studienzzeitverkürzung

meinung

Seit Jahren beobachten wir eine schleichende Erhöhung der Anforderungen an die Informatik-Studierenden. So stehen schon im bisherigen Grundstudium 84 SWS nach Studienplan mindestens 92 SWS im realen Studium gegenüber. Hinzu kommen "freiwillige Ergänzungsveranstaltungen" (z.B. POP und Mathematik). Durch die Studienreform wird die Stundenbelastung noch einmal erhöht. Im Hauptstudium ist der im Studienplan veranschlagte Veranstaltungsumfang noch fiktiver. Bei einigen Hauptfächern können die vorgesehenen 7 SWS Prüfungsstoff nur auf dem Papier erworben werden: z.B. im Fach "Algorithmische Sprachen" müssen auf jeden Fall 12 SWS gehört werden, es ist wegen der schriftlichen Prüfung nicht möglich, sich über eine kleine Veranstaltung prüfen zu lassen. In "Betriebsprogrammierung" scheitern Kombinationen "Hauptvorlesung + kleine Veranstaltung" (z.B. Simulation) an der mangelnden Bereitschaft von Prof. Hofmann, diese abzuprüfen.

meinung

Zum einen werden durch solche Regelungen die Anforderungen erhöht, zum anderen werden die Wahlmöglichkeiten stark eingeschränkt. Die Lehrstühle sollten sich daher darum bemühen, attraktive Veranstaltungskombinationen im Umfang von 7-8 SWS anzubieten, die auch prüfbar sind.

Ein wesentlicher Verlängerungsfaktor für das Studium sind die ausufernden Studienarbeiten. Laut Studienplan sind für sie 3 Monate veranschlagt, in der Realität beträgt die Dauer oftmals über ein Jahr, Tendenz steigend.

Als Gründe dafür sehen wir:

- die an den Studienarbeiten gestellten Erwartungen sind in 3 Monaten nicht erfüllbar,
- die Themen der Arbeiten sind oft schlecht geplant;
- z.T. werden die Themen erst während der Arbeit festgelegt, oder nachträglich verändert bzw. erweitert;
- die Studienarbeit muß im Gegensatz zur Diplomarbeit parallel zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen erstellt werden, was eine überproportionale Verlängerung bewirkt;
- von manchen BetreuerInnen wird die fehlende Zeitgrenze regelrecht dazu ausgenutzt, größere Projekte durch Studienarbeiten realisieren zu lassen; sie planen von Anfang eine längere Bearbeitungszeit ein;
- für viele Themen ist eine nicht unerhebliche Einarbeitungszeit notwendig;
- die BetreuerInnen sind überlastet;

Wir meinen daher, daß die Studierenden die übermäßige Dauer der Studienarbeiten i.a. nicht zu vertreten haben. Meint man es aber mit der Studienzzeitverkürzung ernst, so ist die Studienarbeit ein wichtiger Angriffspunkt - nicht aber mit Methoden im Stil des "Maßnahmenkatalogs".

Die Begrenzung der "Bearbeitungsdauer, des Umfangs und der Wiederholbarkeit" bedeuten Sanktionen gegen die Studierenden, nicht gegen die AufgabstellerInnen.

Als Lösungswege aus der Misere gibt es drei Möglichkeiten:

1. Die Erwartungen an die Studienarbeiten müssen drastisch reduziert werden, die Themen müssen klar definiert werden und reibungslos abgearbeitet werden können. Dieser Weg entspricht den Vorstellungen des Ministeriums, der wissenschaftliche Charakter der Studienarbeiten geht dabei allerdings verloren.
2. Hält man die Studienarbeit in der jetzigen Form für notwendig, so muß der entsprechende zeitliche Rahmen im Studium - etwa ein eigenes Semester - mit entsprechender Anhebung der Regelstudienzeit geschaffen werden.
3. Das Konzept Studienarbeit wird grundlegend überarbeitet und durch z.B. "Projektstudium" oder ein zweites Hauptseminar ersetzt, wobei auch hier ein realistischer Zeitrahmen im Studium vorgesehen werden muß.

Fazit: Es ist nicht möglich, einerseits die Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium aufrecht zu erhalten oder zu erhöhen, andererseits aber die zeitlichen Vorgaben zu beschränken. Wir schließen uns diesbezüglich den Ausführungen von Herrn Strehl im OUTPUT, Dez. 1990 an.

3. Restriktive Maßnahmen vs. individuelle Betreuung

- a) Eine Begrenzung der Wiederholungsmöglichkeiten für Scheine lehnen wir ab. In der Tat ist de facto schon durch die Anmeldefristen für Prüfungen eine Schranke gegeben. Daher ändern Einschränkungen auf 5 Versuche an der Sache nichts. Setzt man die Grenze hingegen auf zwei bis drei Versuche, so wird der Unterschied zwischen Prüfungs- und Studienleistungen verwischt. In diesem Fall muß für Scheine ein formaljuristischer Rahmen (Rechtssicherheit!) gegeben sein, was Klausurenkorrekturen durch studentische Hilfskräfte ausschließt.

Häufige Wiederholungen von Scheinklausuren sind Einzelfälle und haben nur geringen Anteil an der gesamten Last. Typisch sind 2-3 Versuche. Eine Einschränkung auf 3 Versuche würde eine Härte gegen wenige bedeuten, aber an der Überlast nichts ändern.

Wird die Zahl der Versuche drastisch eingeschränkt, so führt das dazu, daß die Studierenden nur dann an einer Scheinprüfung teilnehmen, wenn sie sich sicher fühlen (wie auch bei Prüfungen zu beobachten ist), was einerseits die Studiendauer verlängert, andererseits die Selbstkontroll-Funktion der Scheine eliminiert.

meinung

meinung

- b) Wir sind gegen Blockungen von Prüfungen. Das Zusammenfassen von Prüfungen zu max. 2 Blöcken trägt eher zur Erhöhung der Studienzzeit bei. Wenn Studierende sich nicht alle Prüfungen eines Blocks zutrauen, melden sie sich zu keiner Prüfung an - zumal sie nicht die Möglichkeit haben, von einzelnen Prüfungen zurückzutreten. Aus diesen Gründen ist eine Aufteilung in Einzelprüfungen ebenso wie die Schaffung von Rücktrittsmöglichkeiten bis kurz vor der Prüfung wünschenswert. Letztere sollten allerdings allen Studierenden gewährt werden, nicht nur denjenigen, die sich zu den Regelterminen anmelden.
- c) Eine Ausweitung der Studienberatung würden wir begrüßen. Ein schlecht geplantes Hauptstudium trägt nicht selten zur Erhöhung der Studiendauer bei. Zum Beispiel belegen viele Studierende im 5. Semester 30-40 SWS, machen aber wegen der zu hohen Belastung in kaum einem Fach einen Schein. Zum Teil werden auch Prüfungsfächer zu früh gehört, so daß diese vor der Prüfung wiederholt werden müssen. Eine individuelle Beratung aller Studierender ist daher in einem Studiengang, der viele Wahlmöglichkeiten bietet, dringend erforderlich. Die Intensivierung der Studienberatung setzt aber voraus, daß das Personal vorhanden ist.

d) Durch zahlreiche Maßnahmen werden die Ermessensspielräume der Universität durch strikte Verwaltungsvorschriften ersetzt. Statt einer individuellen Behandlung werden so alle Studierenden über einen Kamm geschoren.

4. Aus Sicht der Studierenden ist Studienzzeitverkürzung eine zweiseitige Angelegenheit. Auf der einen Seite wollen sie natürlich irgendwann ihr Studium abschließen. Darum muß das Studium so ausgelegt sein, daß es in einer angemessenen Zeit machbar ist. Die Drohung, nach Ablauf dieser Zeit exmatrikuliert zu werden - und so alles zu verlieren - schränkt sie andererseits stark in ihrer "universitären Freiheit" ein. Sie sind gezwungen, sich vollständig ihrem Hauptfach zu widmen und sich selbst da auf das Pflichtprogramm zu beschränken. Es bleibt kein Raum für Freiwilligkeit, ein fächerübergreifendes Studium, wie es angesichts der fortschreitenden Spezialisierung immer dringender wird, ist nicht möglich. Darum lehnen wir alle Zwangsmaßnahmen zur Verkürzung der Studiendauer ab.

meinung

meinung

**Stellungnahme des Personalrates der Informatik
zum Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums
zur Verkürzung des Hochschulstudiums**

Erlangen, 9. Januar 1991

Im vom Kultusministerium herausgegebenen Maßnahmenkatalog zur Verkürzung der Hochschulausbildung bleiben eine Reihe von Einflüssen unberücksichtigt bzw. basieren die vorgeschlagenen Maßnahmen auf zum Teil falschen Voraussetzungen. Dies soll im folgenden aus Sicht des Personalrates der Informatik als Vertretung der wissenschaftlichen, nichtwissenschaftlichen Angestellten und der studentischen Beschäftigten kurz dargelegt werden.

Stellungnahme aus der Sicht der studentischen Beschäftigten:

Unberücksichtigt bleibt zum Beispiel, daß sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zwar für die Arbeitnehmer sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Industrie in den letzten Jahren sehr stark verändert haben, nicht aber für die Studierenden. Auch die Studenten haben daher einen Anspruch auf eine Arbeitszeitverkürzung bzw. mehr Freizeit. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des Kultusministeriums zielen dagegen darauf hin, den Studenten zu einem kürzeren und dadurch zeitlich zusammengedrängten Studium anzuhalten, was zwangsläufig zu einer *Arbeitszeitverlängerung* führen muß.

meinung

meinung

meinung

Darüberhinaus ist bei einer Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen zur Verkürzung des Hochschulstudiums für die Studenten die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes nur noch eingeschränkt gegeben. Gerade aus wissenschaftlicher Sicht erscheint aber ein Auslandsaufenthalt empfehlenswert und sinnvoll.

Der Auslandsaufenthalt ist nur ein Beispiel dafür, daß für die persönliche Lebensgestaltung und Berufsvorbereitung andere Leitbilder wertvoller sein können als das eines möglichst kurzen Studiums. Ganz generell stellen wir deshalb die massive Studienzeitverkürzung als alleiniges Leitbild in Frage.

Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den im vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog nicht eingegangen wird, sind die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Als Konsequenz ergibt sich daraus, daß ein nicht unerheblicher Teil der Studenten ihr Studium über eine Nebentätigkeit finanzieren muß. Dessenungeachtet fordert das Ministerium in Fragen der Beurlaubung und des Prüfungsaufschubs eine restriktivere Praxis, die finanzielle Gründe nicht gelten lassen soll. Dies ist ein Widerspruch, der einer Klärung bedarf, denn bei einer Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen würden finanziell besser gestellte Studenten bevorzugt. Dies widerspricht aber wiederum unserem Grundgesetz, in dem festgelegt ist, daß niemand auf Grund seiner Herkunft oder seines Einkommens benachteiligt werden darf.

Stellungnahme aus der Sicht der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten:

Ein weiterer unberücksichtigter Einfluß ist die bestehende Überlast an den Hochschulen. Sie hat zu einer sehr schlechten Betreuungssituation geführt. Die Überlastung der Beschäftigten wird vom Ministerium hingenommen. Gleichzeitig wird aber eine intensivere Beratung der Studenten durch die Hochschulen empfohlen. Für die wissenschaftlichen Angestellten führt dies zu einem erhöhten Arbeitsaufwand. In diesem Zusammenhang darf man nicht vergessen, daß der Lehrbetrieb nur deshalb aufrechterhalten werden kann, weil die Lehre nicht allein von den Angestellten und Beamten der Universität durchgeführt wird: ein Großteil der Studentenbetreuungen wird nämlich von wissenschaftlichen Angestellten übernommen, die über ein Drittmittelprojekt finanziert werden und somit de facto keine Lehrverpflichtungen besitzen. Überhaupt kann der Lehrbetrieb bei der bestehenden Überlast nur mit einem überdurchschnittlichen Engagement von seiten aller Beteiligten durchgeführt werden. Gemeint sind hier neben den Professoren und wissenschaftlichen bzw. nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern auch die studentischen Hilfskräfte. Ohne (unbezahlte!) Überstunden ist die durch den Lehrbetrieb anfallende Arbeit einfach nicht mehr zu bewältigen. Es ist nun einmal so, daß viel zu wenig Mitarbeiter viel zu vielen Studenten gegenüberstehen. Auch die Verwaltung hat festgestellt, daß in den Überlastfächern unbezahlte Mehrarbeit geleistet wird. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Gefahr einer schwerwiegenden Demotivierung der Professoren und des wissenschaftlichen bzw. nichtwissenschaftlichen Personals, was weder in unserem Interesse noch im Interesse des Kultusministeriums sein kann.

meinung

Selbst wenn man die Zielvorstellung des Ministeriums von einem verkürzten Hochschulstudium teilt, ist Widerspruch gegen den Maßnahmenkatalog anzumelden. Nach unserer Auffassung ist die offensichtliche Erwartung des Kultusministeriums, eine Verkürzung der Hochschulausbildung sei mit einer gleichzeitigen Kostenreduzierung verbunden, eine gravierende Fehleinschätzung. Der pro Student in Form von Klausurkorrekturen oder Betreuungsarbeit für Studien- und Diplomarbeiten anfallende Arbeitsaufwand bleibt bei einer verkürzten Hochschulausbildung unverändert bestehen. Die gleiche Arbeit ist also vom Lehrpersonal in kürzeren Fristen zu erledigen. Auch hier stellt sich die Frage, wie dies bei der weiterhin bestehenden Überlast geschehen soll.

meinung

meinung

meinung

meinung

meinung

meinung

Zusammenfassend ist der vom Kultusministerium herausgegebene Maßnahmenkatalog zur Verkürzung der Hochschulausbildung aus der Sicht der Mitarbeiter in großen Teilen abzulehnen. Neben der an den Hochschulen bestehenden Überlastsituation sind ebenso die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre im Maßnahmenkatalog nicht berücksichtigt worden. Darüberhinaus halten wird die durch die entstehende Mehrarbeit zu erwartende Demotivierung des Personals zu werten. Diskussionswürdig ist die Forderung nach klarer und vereinfachter Studien- und Prüfungsplanung. Tatsächlich ist hier durch eine echte Studienreform manches zu verbessern. Überlegungen hierzu dürfen sich allerdings nicht mit vordergründigen Umverteilungen des dargebotenen Stoffes zufrieden geben. Insbesondere sollte eine sinnvolle Reduzierung von Leistungsnachweisen, wie sie vom Ministerium vorgeschlagen wird, im Rahmen einer ganzheitlichen Reformkonzeption verwirklicht werden.

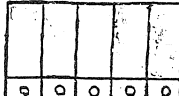
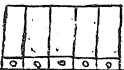
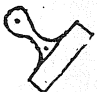
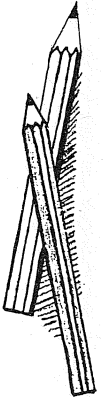
Der Hacker

Wer hockt noch
blaß vor seinen Tasten,
wenn andere
längst im Bette rasten?

Wer starrt
verbissen auf die Daten
wenn andere
in der Sonne braten?

Wer will
nur fremde Zahlen wissen,
wenn andere
sich im Mondschein küssen?

DER HACKER ist's
in seinem Zimmer,
er liebt sein Los,
mehr will er nimmer.



WAS STECKT HINTER DER STUDIENZEITVERKÜRZUNG ?

In den Äußerungen der Studienzeitverkürzer wird immer wieder angeführt, daß in Deutschland im Vergleich zu anderen "wichtigen EG-Ländern, den USA und Japan" zu lange studiert wird. Durch diese Tatsache besteht ein Druck von Industrie und Politik auf die Universitäten. Daraus wird direkt ein Handlungsbedarf zur Studienzeitverkürzung abgeleitet. Fortan wird sich nur noch mit dem "wie" einer Studienzeitverkürzung möglichst noch vor dem Beginn des europäischen Binnenmarktes 1993 befaßt. (siehe z.B. den Artikel des Ex-Präsidenten Nikolaus Fiebiger im neuen Jahresbericht der FAU).

Eine klare und einsichtige Argumentation, für eine kürzere Studienzeit, wird nicht geführt. Der bloße politische Druck allein genügt, um den Studienzeitverkürzungswahn auszulösen.

Was steckt also dahinter, die Studienzeiten gerade jetzt zu verkürzen ?

Der europäische Vergleich ?

Angenommen, die Industrie möchte gerne kurz-studierte Personen einstellen, dann kann sie das gerade durch den europäischen Binnenmarkt tun. Sie könnte einen 24-jährigen Diplom-Ingenieur aus Großbritannien einstellen. Wegen der dann geltenden Niederlassungsfreiheit könnte dieser Mensch hier ohne weiteres arbeiten. Allerdings gäbe es Probleme mit der Sprache, der Eingewöhnung, usw. ...

Vielleicht wollen auch gar nicht so viele Leute aus Großbritannien hier in der Bundesrepublik arbeiten.

Warum sind so "lange" Studienzeiten angesichts des europäischen Binnenmarktes dann so schlimm ?

Es ist vielmehr so, daß der Ruf nach kurzen Studienzeiten seitens der Industrie schon sehr lange besteht.

In der letzten Zeit wurde er zunehmend verstärkt. Deshalb sieht sich die Politik durch ihre Lobby gedrängt, etwas in diese Richtung zu unternehmen.

Die billigste Version dieser Bemühungen liegt nun vor uns. Der Maßnahmenkatalog der bayerischen Staatsregierung zur Studienzeitverkürzung. Dieser Katalog, der die Studienzeit nur durch verwaltungstechnische Maßnahmen verkürzen will, soll jedoch nicht Inhalt dieses Beitrags sein. Hier sollen vielmehr die Umstände erläutert werden, unter denen es zu diesem Katalog gekommen ist, was die politischen Hintergründe sind, und wie wir Studierenden dazu stehen.

Woraus resultiert der Druck der Industrie nach Studienzeitverkürzung?

Das Bildungssystem in der Bundesrepublik bildet seine Uni-AbsolventInnen so aus, daß sie die Qualifikation zum wissenschaftlichen Arbeiten haben (inwieweit das zur Zeit wirklich realisiert wird, soll hier nicht weiter Gegenstand der Diskussion sein). Für die Industriebetriebe sind aber derart ausgebildete Menschen in der Regel überqualifiziert. Aus ihrer Sicht benötigt die Industrie Menschen, die in Spezialgebieten besonders viel Wissen haben. Fachübergreifendes Wissen ist nicht gefragt. "Nur am Rande" sei hier bemerkt, daß die Geisteswissenschaften somit für die Industrie nicht von Interesse sind. Im Prinzip gelten die folgenden Argumente nur für technische, naturwissenschaftliche u.ä. Fachbereiche. Für die Geisteswissenschaften gilt vor allem: "Brauchen wir gar nicht".

Warum ist es aber die Studienzeitverkürzung, die der Industrie so am Herzen liegt, und nicht die Forderung nach spezialisierterem Studium?

Erstens braucht jeder Industriebetrieb anderes Spezialwissen und zweitens geht es um 4 Jahre mehr Rendite des Betriebsmittels Mensch (auch Ausbeutung genannt). Der große Unterschied zwischen einer 24-jährigen und einer 28-jährigen Absolventin besteht nämlich darin, daß an ersterer 4 Jahre länger verdient werden kann als an letzterer. Und diese 4 Jahre sind beileibe nicht irgendwelche 4 Jahre zwischen 61 und 65 eines verpfuschten Buchhalterlebens, sondern sind 4 Jahre, in denen ein Mensch mit relativ hohem Bildungsstand gerade eine einigermaßen kreative Phase erlebt. Ab 35-40 ist schließlich auch damit Schluß. Warum in aller Welt soll diese Phase außerhalb des Zugriffs und ohne Verdienst der Wirtschaft an diesem Menschen vorübergehen? Daß dies tatsächlich so gesehen wird und kein Hirgespinnst unsererseits ist, entnehmt bitte dem Ausspruch unseres neuen Bundesbildungsministers Ortlieb (siehe Kasten).

Diese Gründe lassen es für die Industrie nicht opportun erscheinen, viele lang studierte, breit gebildete Menschen innerhalb ihrer Belegschaft zu haben. Gefragt ist der aalglatte, 24-jährige Diplomingenieur, der sein Spezialgebiet beherrscht, keine dummen Fragen stellt und das entwickelt, was von ihm erwartet wird.

Nur sehr wenige Menschen mit breit gestreutem Wissen werden benötigt.

FH ist „Hochschule der Zukunft“

Wissenschaftsrat für ein stärkeres Engagement in der Forschung

BONN (dpa) — Die Hochschule der Zukunft sieht der Wissenschaftsrat in der Fachhochschule (FH). Sie habe sich gegenüber den klassischen Universitäten als die preiswertere erwiesen und orientiere sich besser an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.

Der Vorsitzende des unabhängigen Expertengremiums, das seit über 20 Jahren Bund und Länder in der Hochschulpolitik berät, Professor Dieter Simon, hält es deshalb angesichts steigender Studentenzahlen für denkbar, Universitäten umzuwidmen oder zu teilen.

Künftig, so die Empfehlungen Simons, sollen Fachhochschulstudenten mit ihrem Diplom unmittelbar Zugang zu den Doktoranden-Kolloquien der Universitäten erhalten. FH-Professo-

ren sollten sich außerdem stärker als bisher der Forschung widmen können.

Mit Nachdruck kritisierte der Wissenschaftsrat, daß es bisher nicht gelungen ist, Laufbahnrecht und Besoldungsstruktur im öffentlichen Dienst zu reformieren. Ein FH-Absolvent beginnt beim Staat nach wie vor mit der Gehaltsstufe A 9, während sein Universitätskollege A 13 erhält. In der Wirtschaft sei dies längst anders.

Die vor gut 20 Jahren gegründeten Fachhochschulen sollen, so ihr gesetzlicher Auftrag, in einer „anwendungsbezogenen“, in der Regel acht Semester umfassenden Ausbildung auf den Beruf vorbereiten. Mittlerweile kommen 33 Prozent aller Hochschulabsolventen von einer FH. *EN, 19.12.80*

Deshalb reicht für die Industrie ein Schmalstudiengang nach Art des anglo-amerikanischen Bachelor-Modells (6 Semester Bachelor-Studium für alle und anschließend 4 Semester Master-Studium für eine kleine, erlauchte Elite).

Macht doch nichts, könnte jetzt eingewandt werden, soll die Wirtschaft doch florieren. „Macht das wirklich nichts?“ fragen wir.

Vorstoß des neuen Ressortchefs

Schulzeit kürzer?

Rainer Ortlieb: Zwölf Jahre genug

BONN (rtr/dpa) — Der neue Bonner Bildungsminister Rainer Ortlieb (FDP) hat sich für eine Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre in ganz Deutschland ausgesprochen.

In einem Interview befürwortete der aus Dresden stammende Nachfolger von Jürgen Möllemann eine einheitliche achtjährige Dauer der Oberschule in ganz Deutschland, wie sie derzeit noch in den neuen Bundesländern gilt. „Objektive Zwänge“, die sich aus dem europäischen Vergleich ergäben, müßten dazu führen, daß man sich längere Ausbildungswege für junge Menschen nicht leisten könne.

„Wir müssen erreichen, daß man schneller — ich drücke es jetzt ganz kraß wirtschaftlich aus — in das ertragsfähige Alter kommt, und das, glaube ich, ist auch im Interesse einer gut funktionierenden Wirtschaft erforderlich“, meinte Ortlieb. Der Ressortchef stellte für die alten Bundesländer einen Trend zur zwölfjährigen Schulzeit fest. Dagegen tendiere man in der ehemaligen DDR, wo diese kürzere Schulzeit derzeit noch gilt, zur Übernahme des 13-Jahre-Modells. (Leitartikel Seite 2)

EN, 28.1.91

Welchen Schaden hat eine Studienzeitverkürzung ?

Bleiben bei solch einer Art von Schmalspurstudium nicht die Belange der Gesellschaft als Ganzes vernachlässigt? Ich kann mir nicht vorstellen, daß auf dieser Welt ein weiteres Überleben der Menschheit möglich ist, wenn weiterhin so lokal, so extrem egoistisch gedacht wird. Es muß in einem größeren Rahmen nachgedacht werden; die globalen Zusammenhänge unseres Tuns müssen endlich allen Menschen klar werden. Es kann nicht angehen, daß jeder nur den eigenen kurzfristigen Vorteil im Vordergrund sieht, anstatt sich Gedanken zu machen, welche weiteren Folgen dieser eigene kurzfristige Vorteil vielleicht langfristig für sich selbst und andere hat. Es kann nicht angehen, daß weiterhin das kurzfristige wirtschaftliche Interesse einer Firma dazu führt, daß unsere gemeinsame Lebensgrundlage zerstört wird.



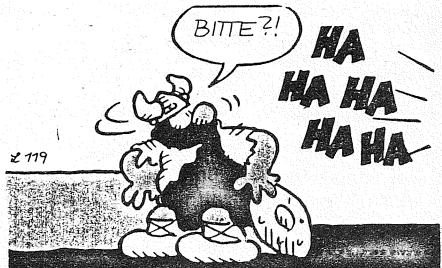
Dieses Umdenken kann nicht von oben kommen. Alle Leute, die oben stehen, sind schon viel zu eingebunden in die kurzfristig denkende Maschinerie. "Es ist wichtig eine möglichst gute Bilanz zu erzielen, sonst fliege ich", denkt der Manager eines Chemiekonzerns und sorgt für die billigste Entsorgung von Dünnsäure, die Verklappung in der Nordsee, in der auch er und seine Kinder baden wollen. Ein möglichst breites Umdenken ist erforderlich. Das wird in keiner Weise erreicht, wenn nur wirtschaftliche oder politische Interessen im Vordergrund stehen.

Eine möglichst breite Bildung möglichst vieler Menschen ist die Grundlage für dieses Umdenken. Eine Schmalspurausbildung, wie von der Industrie gewünscht, kann das nicht leisten. Die einzelne Ingenieurin, Ärztin, Biologin, ... muß in der Lage sein, über ihr eigenes Fachgebiet hinaus schauen zu können. Das Anhäufen von fachübergreifenden Wissen ist aber bei Verkürzung des Studiums unmöglich. Deshalb darf es keine Studienzeitverkürzung und keine Regelstudienzeiten geben, damit prinzipiell die Möglichkeit besteht, an der Universität auch das vermittelt zu bekommen, was sie ihrem gesellschaftlichen Auftrag nach vermitteln soll, nämlich Bildung. Es ist nicht Aufgabe der Universitäten, billige Ausbildungsstätte der Industrie zu sein.

Unsere zentrale Forderung lautet deshalb :

Wer schnell studieren möchte, muß die Möglichkeit haben, dies auch zu tun und darf nicht durch schlechte Studienbedingungen daran gehindert werden. Wer die Universität jedoch als Bildungsstätte begreifen will, muß die Möglichkeit haben, das Angebot über seinen Fachbereich hinaus in Anspruch zu nehmen zu können, ohne durch eine Regelstudienzeit reglementiert zu werden.

Das Studium muß wissenschaftlich, vor allem aber fachübergreifend sein. Das Ziel muß sein, globales, auf das Wohl der gesamten Menschheit ausgerichtetes Denken zu fördern. Das Studium darf nicht als billiger Ausbildungsgang für das Wohl der Wirtschaft verkommen.



Es mag sein, daß diese Forderungen dazu führen, daß mehr Geld an den Hochschulen benötigt wird, weil es Menschen gibt, die ihr Grundrecht auf Bildung in Anspruch nehmen. Aber es sollte bedacht werden, daß diese Investition nicht nur Kosten und somit Schaden für die Wirtschaft verursacht, sondern für die Gesellschaft auf der anderen Seite einen ungeheuren Zugewinn bedeutet.

Natürlich findet Bildung an sich nicht nur an Universitäten statt. Auch außerhalb der Universitäten muß die Möglichkeit gegeben sein, sich weiter zu bilden. An welcher Stelle aber findet sich ein so breites Angebot, sich auch fachübergreifend zu bilden? Wo soll sonst Platz für diese Bildung und die Diskussion sein, wenn er schon an den Universitäten nicht vorhanden ist?

Demokratie funktioniert nur, wenn für möglichst viele Menschen eine möglichst gute Bildung gewährleistet ist. Bildung ist die Grundlage der Demokratie. Ein Staat, der die Bildung demontieren will, kann sich nicht als demokratisch bezeichnen. Wie sollen die Menschen die Entscheidungen der Regierung beurteilen, wenn sie das nötige Bildungspotential nicht haben, diese Entscheidung auch zu verstehen?

Die Verkürzung des Studiums, die konsequente Einführung von Regelstudienzeiten oder Schmalstudiendesigns wie das Bachelor-Studium in Großbritannien können nicht als Weg zu mehr Bildung für mehr Menschen begriffen werden, und sind deshalb strikt abzulehnen.

Der FSI-Ratgeber Studienzeitverkürzung

Willkommen zur neusten Ausgabe unseres beliebten Ratgebers! Heute wollen wir Ihnen einige Tips geben, wie Sie auch nach der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs erfolgreich studieren können. Unsere Experten aus der Linksabteilung haben folgenden Vorschlag erarbeitet:

Um ein Informatikstudium in der dafür vorgesehenen Zeit absolvieren zu können, sollten Sie sich zuerst in einem Studiengang einschreiben, den Sie garantiert nicht abschließen wollen, sagen wir: Japanologie. (Alle Fern-Ost Fans bitten wir an dieser Stelle Mediävistik einzusetzen!) Solange Sie dieses "Scheinfach" studieren, haben Sie das Recht, an allen Veranstaltungen der Informatik teilzunehmen und auch Scheine dort zu erwerben. Nach etwa sechs Semestern - kurz bevor Sie Ärger mit dem Prüfungsamt bekommen - wechseln Sie das Studienfach zu Mathematik. Dort legen Sie alle Vordiplomprüfungen ab, die für das Nebenfach Informatik zulässig sind (z.B. GdI). Nachdem Sie diese Prüfungen erfolgreich abgelegt haben, wechseln Sie erneut, diesmal zu Informatik. Hier können Sie nun, da Sie bereits ca. 7 Semester studiert haben, den Rest des Vordiploms nach einem oder zwei Semestern ablegen. Für das Hauptstudium bleibt also genügend Zeit. Problematisch ist diese Vorgehensweise allerdings für den Kreis der StudentInnen, die auf BAFÖG angewiesen sind, da der Anspruch darauf bei einem unbegründeten Studiengangswechsel erlischt. Für den oben genannten Personenkreis empfiehlt sich daher ein Sportstudium mit Bandscheibenschaden, ein Chemiestudium mit Allergien oder ein Kunststudium als Dilettant. Sollten Sie es schaffen, das Hauptstudium unter sechs Semestern zu beenden, können Sie gleich Ihre BAFÖG-Schulden mit der Prämie aus dem Nikolaus-Fiebiger-Preis für besonders schnelles Studium in Bayern begleichen.

Viel Erfolg!

Stellungnahme des AK Studienzeitverkürzung zu den Ursachen langer Studiendauern

Als Grund für die Notwendigkeit von Studienzeitverkürzungsmaßnahmen werden immer wieder Vergleiche des durchschnittlichen Abschlußalters von AkademikerInnen in der EG herangezogen. Ein solcher Vergleich ist aus unserer Sicht jedoch aus folgenden Gründen nicht stichhaltig:

- In den meisten europäischen Staaten gibt es keine Dienstpflicht, die den Beginn eines Hochschulstudiums verzögert.
- Die Schulausbildung, die zur Allgemeinen Hochschulreife führt, dauert in der Bundesrepublik länger als im europäischen Vergleich.
- Die Qualität der schulischen und universitären Ausbildung liegt in der Bundesrepublik über dem europäischen Schnitt.

Die Bildungssysteme in den anderen europäischen Staaten unterscheiden sich in so vielen Punkten von dem in der BRD, daß ein Vergleich unzulässig ist. Selbst innerhalb der Bundesrepublik gibt es große Unterschiede im Aufbau des Studiums, sowohl innerhalb eines Fachs als auch zwischen den einzelnen Studiengängen (z. B. Diplom vs. MA).

Die unterschiedlichen Verhältnisse in der EG können daher nicht als Anlaß für eine Verkürzung der Studienzeiten dienen. Eine Diskussion über die Studiendauer kann also nur die Diskrepanz zwischen realer Studienzzeit und Regelstudienzeit zum Inhalt haben.

Im folgenden soll versucht werden zu analysieren, wie es zu dieser Abweichung kommt, um anschließend zu erörtern, ob eine kürzere Studiendauer überhaupt wünschenswert ist.

Gründe für die Differenz zwischen realer Studienzzeit und Regelstudienzeit

Warum ist es den meisten Studierenden nicht möglich, die zeitlichen Vorgaben der Studienpläne einzuhalten, die den Abschluß des Studiums innerhalb der Regelstudienzeit zumindest theoretisch ermöglichen?

1) Die soziale Lage der Studierenden

Durch die katastrophale Wohnsituation sind die Studierenden, besonders im ersten Semester, gezwungen, sehr viel Zeit mit der Suche nach akzeptablem Wohnraum zu verbringen. Aufgrund der stark gestiegenen Mieten und der unzureichenden Ausbildungsförderung müssen sehr viele StudentInnen während des Studiums arbeiten, was ein konzentriertes Studium unmöglich macht. So geht aus der Sozialerhebung der Studentenwerke hervor, daß selbst der BAFÖG-Höchstsatz nicht ausreichend ist, um das finanzielle Existenzminimum zu decken, und daß deshalb 58 Prozent der Studierenden auch während des Studiums, viele davon sogar während der Vorlesungszeit arbeiten müssen.

In einigen Studiengängen wird von den Studierenden verlangt, daß sie sich für das Studium unerlässliche Materialien wie Chemikalien, Stethoskope etc. auf eigene Kosten beschaffen, was eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellt.

2) Mangelhafte Ausstattung der Universitäten

Die mangelnde Sachausstattung zeigt sich besonders in den Bibliotheken. Die Anzahl der Lehrbücher steht in keinem Verhältnis zur Anzahl der Studierenden, die diese benötigen. Dadurch entsteht für viele StudentInnen die Notwendigkeit, sich diese Bücher selbst zu kaufen. Darüberhinaus sind viele Präsenzbücher den StudentInnen nicht zugänglich, da sie von Institutsangehörigen permanent entliehen sind, was für die wissenschaftliche Weiterbildung z. T. notwendig ist.

Auch die Raumsituation an den Hochschulen ist für einen effizienten Studienbetrieb nicht ausreichend. Hörsäle stehen nicht in genügender Größe und Anzahl zur Verfügung. Für weitere Ausbaumaßnahmen wird kein Geld genehmigt. Dadurch kommt

es zu zeitlichen Überschneidungen bei Veranstaltungen, die laut Studienplan im selben Semester besucht werden sollten. Überfüllte Hörsäle machen ein konstruktives Mitarbeiten in Vorlesungen unmöglich.

Bei den studentischen Lern- und Arbeitsräumen ist die Situation ähnlich schlecht. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, daß die Studierenden (Lerngruppen) wegen der schlechten Wohnsituation nicht auf private Räume ausweichen können. Selbst den Angehörigen der Institute kann aufgrund mangelnder Finanzmittel nicht genügend Platz zur Verfügung gestellt werden, was noch zusätzlich zur Demotivation der Lehrenden beiträgt.

An vielen Hochschulstandorten wird ein kompakter Stundenplan auch dadurch unmöglich gemacht, daß die Veranstaltungen in Gebäuden stattfinden, die durch große Entfernung voneinander getrennt sind.

Schlechte Akustik und unfunktionale Architektur sind in den Neubauten der Universitäten an der Tagesordnung. Durch die Raumnot müssen Veranstaltungen in Räumen stattfinden, die dafür nicht ausgelegt sind, etwa im Auditorium Maximum, das eher für Feierstunden denn als Hörsaal für TechnikerInnenvorlesungen konzipiert wurde.

Durch den Massenbetrieb haben viele DozentInnen zum großen Teil das Interesse an der Lehre verloren. Sie betrachten und behandeln sie, zum Teil auch erklärtermaßen, als lästige Verpflichtung. Neben der fehlenden didaktischen Ausbildung der DozentInnen führt dies dazu, daß der pädagogische Effekt der Lehrveranstaltungen immer weiter sinkt und damit das notwendige Wissen immer aufwendiger erarbeitet werden muß.

Zusätzlich zur schlechten Sachausstattung der Universitäten besteht ein geradezu katastrophaler Personalmangel. Wurde 1964 vom Deutschen Wissenschaftsrat angesichts der schon damals vorhandenen Überlastsituation ein Ausbau der Personaldecke auf ein Verhältnis von 1 : 44 (Lehrstuhlinhaber : Studierende) empfohlen, so ist dieses Verhältnis in vielen Studienfächern inzwischen auf 1 : 100, in manchen sogar auf

1 : 200 gefallen. Legt man den Hochschulgesamtplan von 1985 zugrunde, so sind die Institute im Verhältnis zu den Studierendenzahlen überhaupt nur zu einem kleinen Bruchteil besetzt.

Die einzigen Universitäten im alten Bundesgebiet, an denen ein sinnvolles Betreuungsverhältnis herrscht, sind die Bundeswehrhochschulen. So beträgt das Verhältnis Lehrstuhlinhaber zu Studierenden im Fach Informatik an der BW-Hochschule Neubiberg 1 : 30. Offenbar wird eine gute Betreuungsrelation für die zukünftigen Offiziere, die einmal andere Menschen im Töten ausbilden sollen, für wichtiger erachtet als für normale Studierende.

Wer beim Vergleich der Studiendauern noch immer die Universitäten in anderen europäischen Ländern im Kopf hat, muß auch das Betreuungsverhältnis in seine Überlegungen mit einbeziehen, welches dort wesentlich besser ist als in der Bundesrepublik. Eine Verbesserung des Betreuungsverhältnisses kann aber nur durch weitere Stellen an den Universitäten erreicht werden, eine Forderung, die seit Jahren von ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierenden geäußert wird, im Ministerium aber auf taube Ohren stößt.

3) Struktur der Universität

Eigenverwaltung existiert an bayrischen Universitäten nur in sehr begrenztem Maß: Wichtige Entscheidungen werden vom Ministerium getroffen, oft ohne genaue Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse an den Hochschulen. In den Angelegenheiten, die von den Universitäten selbst geregelt werden, übt das Ministerium Kontrolle aus. Eine Rückkopplung von Seiten von ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierenden ist in diesem Prozeß nicht vorgesehen, entsprechende Reaktionen werden ignoriert. Das führt zu Resignation seitens der DozentInnen, denen wenige Möglichkeiten zur Eigeninitiative offen bleiben und die dadurch das Interesse an der Lehre verlieren.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

4) Studienaufbau und -inhalte

Aus unserer Sicht ist eine Entrümpelung der Studieninhalte durchaus wünschenswert, in der Hinsicht, daß auf veralteten Stoff verzichtet wird. Es darf allerdings kein wahlloses Zusammenstreichen des zu vermittelnden Stoffes geben, das zu einem Schmalpustudium führen würde. Vielmehr ist eine differenzierte, fachbezogene Betrachtung und eine permanente Weiterentwicklung der Studieninhalte, unter Einbeziehung aktueller Forschungsergebnisse, aber auch fachübergreifender Themen notwendig, an der alle Statusgruppen der Hochschule, insbesondere die Studierenden, in angemessener Weise zu beteiligen sind.

Ein Faktor, der durchaus studienverlängernd wirkt, ist die Tatsache, daß viele Studierende Lehrveranstaltungen besuchen, die nicht verpflichtend sind, aus Interesse, oder um auch einmal etwas über andere Fächer

zu erfahren. Die Möglichkeit des fachübergreifenden Studiums wird vom BHG sogar ausdrücklich eingeräumt: "Der Gesamtumfang der nach Satz 2 erforderlichen (gemeint sind die in der Studienordnung festgelegten, d. Verf.) Lehrveranstaltungen ist so zu bemessen, daß dem Studenten Gelegenheit zur selbständigen Vorbereitung und Vertiefung des Stoffs und zur Teilnahme an zusätzlichen, auch fächerübergreifenden Lehrveranstaltungen nach eigener Wahl verbleibt." (Art. 72 Abs. 2 Satz 4 BHG)

Studienzeitverkürzungsmaßnahmen schränken die Möglichkeiten für Studierende, sich über ihren Pflichtstoff hinaus mit fachlich interessanten, fachübergreifenden und gesellschaftlich relevanten Fragestellungen zu beschäftigen, also das, was das Studium an einer Universität eigentlich ausmacht, sehr stark ein. Für Freiwilligkeit und Selbständigkeit bleibt kein Raum mehr. Eine umfassende Bildung wird dadurch unterbunden und das Studium noch weiter verschult. Daher ist fraglich, ob es überhaupt sinnvoll ist, die Studienzeiten zu verkürzen.

meinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinungmeinung

Feinschmecker testen unser Menssaessen ...



die **ötv** lädt ein

An alle
wissenschaftlichen und studentischen
Hilfskräfte der FAU

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

am 12.11.1990 fand eine Tarifverhandlung zum Thema Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte statt. Das Angebot der Arbeitgeber war meilenweit von den Forderungen der ÖTV und GEW entfernt.

Ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart.
Im Mai soll eine Aktionswoche zur Durchsetzung eines Tarifvertrages durchgeführt werden.

Die ÖTV Erlangen lädt deshalb zu einer

Diskussionsveranstaltung

am Mittwoch, 20. Februar 1991, Beginn: 17.00 Uhr,

im Saal des DGB-Hauses, Erdgeschoß,

Obere Karlstr. 25, 8520 Erlangen

ein.

Themen:

1. Forderungen von ÖTV und GEW
2. Bericht von den Tarifverhandlungen
3. Mögliche Aktivitäten während der Aktionswoche im Mai

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Klaus Heyert

Gewerkschaftssekretär

Forderungen von GEW und ÖTV für einen Tarifvertrag für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte:

wissenschaftliche Hilfskräfte:

- weitgehende Anwendung des Bundes-Angestelltenarbeitsvertrages (BAT)
- Mindestlaufzeit der Arbeitsverträge von drei Jahren
- wöchentliche Arbeitszeit von mindestens der Hälfte der Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten
- Vergütung analog BAT

studentische Hilfskräfte:

- weitgehende Übernahme der Berliner tarifvertraglichen Regelung
- Mindestvertragslaufzeit von sechs Semestern
- Mindestarbeitszeit 60 Stunden pro Monat
- Stundenvergütung von 18,27 DM (analog BAT Vc)

Volksentscheid

am 17. Februar 1991



Stimmen Sie dem Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags zu (siehe nachfolgenden Text)?

Ja Nein

Stimmen Sie dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens zu (siehe Text auf Seite 3)?

Ja Nein

Der Entwurf des Bayer. Landtags besagt lediglich:

Müllvermeidung zählt nicht zu den Pflichten der öffentlichen Hand.

(Art. 2)

Wiederverwendung von Stoffen ist nicht als Ziel ausgewiesen.

(Art. 1)

Diese Bestimmung ist für juristische Personen des Privatrechts, an denen die öffentliche Hand die Mehrheit hält, nicht verbindlich

(Art. 2)

Sortierpflicht ist nicht verbindlich vorgeschrieben (nur im Zielkatalog genannt) - keine Pflicht zur stofflichen Verwertung.

(Art. 7 u. 5)

Restmüll soll grundsätzlich thermisch behandelt (verbrannt) werden! Eine Beschränkung der Müllverbrennung findet sich nur in der (nicht einklagbaren) Zieldefinition und (mit Vorbehalten) bei den Zuschüssen.

(Art. 1 u. 23)

Der Abfallentsorgungsplan des Umweltministeriums allein - ohne Anbindung an die Entsorgungskonzepte der Landkreise - genügt!? Er darf zudem sachlich und räumlich in Teilabschnitten aufgestellt werden. (Art. 11)

Zwangszusammenschlüsse (Art. 8, Abs. 1, 3)

Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften (Landkreise/Zusammenschlüsse) können in Einzelfällen Entsorgungspflichten an die Kommunen rückübertragen - auch ohne ihre Zustimmung!

(Art. 5)

Mit dem Volksbegehren soll Gesetz werden:

Müllvermeidung ist für die öffentliche Hand verbindlich. (Art. 3)

Wiederverwendung von Stoffen ist ein Ziel der Abfallwirtschaft.

(Art. 2 u. 5)

Verpflichtung, möglichst nur abfallarme, wiederverwend- oder -wertbare Erzeugnisse zu beschaffen bzw. zu verwenden. (Pflicht gilt auch für Gesellschaften, an denen die öffentliche Hand die Mehrheit hält.

(Art. 3)

Verpflichtung, Müll zu sortieren bzw. getrennt einzusammeln und bestimmte Abfälle stofflich zu verwerten.

(Art. 5)

Restmüll darf nur dann thermisch behandelt (verbrannt) werden, wenn die Ablagerung ohne thermische Behandlung gesundheitsgefährdender, weniger umweltverträglich ist.

(Art. 1)

Landkreise und kreisfreie Städte stellen Abfallwirtschaftspläne auf, die Auskunft über Müllvermeidungs-, Verwertungs- u. Entsorgungsmaßnahmen, über Kapazitäten geben und Abfallmengenbilanzen enthalten. Grundlage hierfür ist der Abfallentsorgungsplan des Freistaates Bayern.

(Art. 8)

Neben den Landkreisen werden auch die Kommunen in die Entsorgungspflicht einbezogen. Den Kommunen werden nur Aufgaben zugeteilt, die sie auch erfüllen können, damit eine gerechtere Lastenverteilung möglich wird.

(Art. 4)

Entsprechende Regelungen fehlen im Entwurf gänzlich. Mit einem Genehmigungsverfahren ohne gesetzlich gesicherte Bürgerbeteiligung und ohne die nach dem EG-Recht vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung werden die Bürgerrechte erheblich beschnitten.)

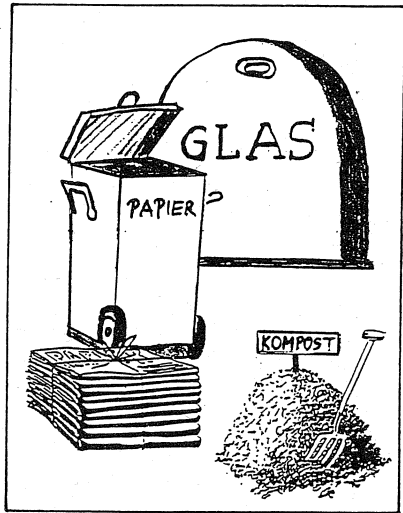
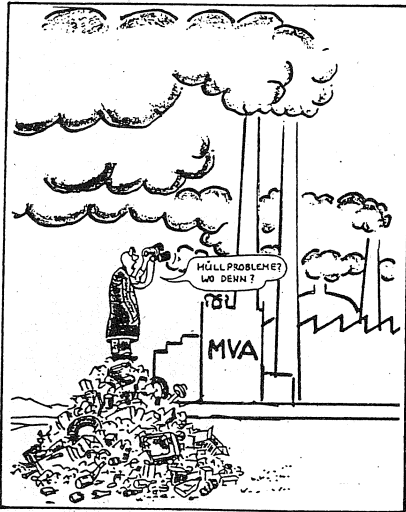
Zudem fehlen Regelungen weitgehend
 - zur Sonderabfallentsorgung,
 - für die Anforderungen an den Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen,



↙ Bürgerbeteiligung, öffentliche Erörterungstermine und eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sind bei Genehmigungsverfahren für Abfallentsorgungsanlagen verpflichtend vorgeschrieben. (Art. 13)



Das VOLKSBEGEHREN ist die Chance, die Hoffnung auf ein umweltverträgliches Bayer. Abfallwirtschaftsgesetz, das diesen Namen verdient.



1. Müllverbrennung

CSU-Entwurf

Müllverbrennung wird immernoch als Grundlage der Behandlung von Restmüll angesehen.

- Private Müllverbrennung wird finanziell unterstützt. (ART.24)
- Es müssen Anlagen errichtet werden, die den Restmüll auf die Verbrennung vorbereiten = Verbrennung wird zur Pflicht (ART.4(2))
- Eine MVA, die ohne Genehmigung gebaut wird, kann (und wird im Normalfall) im nachhinein genehmigt werden (ART.20).

Besseres Müllkonzept

- Verbrennung nur, wenn weniger gesundheitsgefährdend als Deponierung (ART.1(6))
- grundsätzlich keine finanzielle Förderung von MVA's. (ART.2(2)1)
- Reststoffe aus der MVA sind Sondermüll (ART.10(3))
- Keine Privatisierung; Restmüllentsorgung nur mit öffentlich rechtlicher Kontrolle (ART.4(3))
- Konkrete Auflistung der zu recycelnden Stoffe auch in der Durchführung (ART.5(2))

Fazit: Gewinnt der CSU-Entwurf den Volksentscheid, so bedeutet das eine Verschlechterung der jetzigen Situation, da die MVA's nicht nur weiterhin gefördert, sondern auch zur Pflicht werden.

2. Abfallentsorgungsplan

- Das Ministerium erstellt einen Entwurf und bekommt dafür Informationen von den Landkreisen
- Nach der Stellungnahme von den Verbänden wird der Entwurf vom Landtag verabschiedet.
- Keine öffentl. Erörterung.
- Die Gebietskörperschaften haben nur Anhörungsrecht
- der Landkreis erstellt mit Hilfe der Gemeinden und der Verbände einen Abfallwirtschaftsplan, der öffentlich erörtert wird.
- Diese Abfallwirtschaftspläne dienen als Grundlage für einen Entwurf, der vom Ministerium ausgearbeitet wird.
- Nachdem die Landkreise und die Verbände zu diesem Entwurf Stellung genommen haben, wird dieser vom Landtag verabschiedet.

3. Rekommunalisierung

Das bessere Müllkonzept:

Gebühren:-Für den Restmüll ist von den Gemeinden an den Landkreis nach Gewicht gestaffelt zu zahlen.

-Die Gemeinde erhebt ihrerseits Gebühren vom Bürger

Dabei muß beachtet werden, daß:

- ART.7(4)
- die Gebühren progressiv sind,
 - keine Festlegung eines Mindestbehältervolumen gegeben ist
 - und daß ein Anreiz zur Vermeidung, Wiederverwertung und Trennung gegeben ist.

Dazu wäre von Nöten: Die Papiertonne, Biotonne (oder Eigenkompostierung), ein dichtes Kontainernetz für Glas, Altmetall und Kunststoffe und eine größere Anzahl an Recyclinghöfen.

Die Gemeinden können sich natürlich zusammenschließen, und auch die Verträge der bereits funktionierenden Systeme (z.B. Papiertonne) werden im Regelfall übernommen.

-Die Gemeinde soll die entstehenden Kosten auf die Restmüllgebühren abwälzen, es entstehen keine zusätzlichen Kosten für die G..

-Das Personal und die Grundstück müssen die G. auch nach dem CSU-Entwurf zur Verfügung stellen.

-Das BMK stärkt die kommunale Selbstverwaltung.

CSU-Entwurf:keine wesentlichen Änderungen in diesem Bereich

Machen Sie mit!

Geben Sie dem "Gesetzesentwurf des Volksbegehrens" Ihre **JA**- Stimme.
Sie stimmen damit für

- x verbindliche Abfallvermeidung und Verwertung
- x keinen Neubau und schrittweisen Abschied von gefährlichen Müllverbrennungsanlagen
- x bürgernahe Abfallverwertung
- x mehr Mitwirkungsrechte und Schutz für die Betroffenen von Deponieplanungen

Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Der Senatsbeauftragte
für die
250-Jahrfeier der Universität
Prof. Dr. phil. H. Köbber

D-8520 Erlangen
Schloßplatz 4, Postfach 3520
Telefon 09131 / 851

Geschäftsstelle:
Universitätsbibliothek (Altbau)
Universitätsstraße 4
D-8520 Erlangen
Tel.: 09131 / 85 -3947

250 Jahre Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Vorschlag eines Konzepts für das Universitätsjubiläum

(...)

I. Rahmen

- (1) Zeitraum für die Veranstaltungen
Beginn des Sommersemesters 1993 (2.05.93) bis Ende des Wintersemesters 93/94
(28.02.94) mit Konzentration der Hauptveranstaltungen in der Festwoche ab
30.10.93.
 - (2) Einladungen
 - a) Politische Ebene
 - Bundespräsident
Bundespräsidialamt hat prinzipiell zugesagt und bittet Anfang 1993 um
nochmalige Anfrage (Schriftwechsel erfolgte vor den Ereignissen in der
DDR).
 - Bundesminister für Forschung und Technologie
 - Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
 - Ministerpräsident des Freistaats Bayern
 - Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst
 - Landtagspräsident
 - Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus Erlangen
 - b) Akademische Ebene
 - Präsident der DFG
 - Präsident der Max-Planck-Gesellschaft
 - Präsident der Rektorenkonferenz
 - Präsident der Europäischen Rektorenkonferenz
 - Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
 - Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung
 - Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft
 - Präsident des Hochschulverbandes
 - Rektoren der Partner-Universitäten
 - Rektoren/Präsidenten der deutschen Universitäten
 - (3) Ort des Festaktes am 4.11.1993
Großer Saal der Stadthalle
 - (4) Begleitmaßnahmen
 - a) Sonderbriefmarke
Zum Universitätsjubiläum sollte nach Möglichkeit eine Sonderbriefmarke
herauskommen. Herr Kanzler Schöck hat sich bereits im Dezember 1988
mit dieser Bitte über die Bayerische Staatskanzlei an das Bundespostmini-
sterium gewandt. Positive Antwort liegt noch nicht vor.
 - b) Gedenkmünzen
- (...)
- In Absprache mit der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen, die den Ver-
trieb übernehmen wird, soll es zum Jubiläum zwei Medaillen geben:
- eine Neuauflage der Gründungsmedaille von 1743
 - eine Jubiläumsmedaille mit dem Siegel der Universität (die beiden Grün-
derköpfe im Profil) auf der Vorderseite und der Gartensicht des Schlos-
ses mit Hugenottenbrunnen auf der Rückseite.

Die Medaillen sollen einzeln sowie beide zusammen im Etui erhältlich sein. Durchmesser 40 mm. Die Silbermedaillen sollen ca. DM 40,- bis DM 60,- je Stück kosten. Die Bronzemedailles sollen gar nicht in den Verkauf gelangen, sondern sind zur Verwendung durch die Universität bestimmt als Gastgeschenk für den Rektor im Ausland, für ausländische Besucher in Erlangen, aber auch als kleine Anerkennungsgabe. Auch ein Kontingent Silbermedaillen ist - weit über das Jubiläum hinaus - zur Verwendung als Dank- und Anerkennungsgabe gedacht. Die Sparkasse plant außerdem eine kleine Auflage in Gold. Auflage der Silbermedaillen: 2.000 Stück. Die Medaillen werden von einer bekannten Fürther Firma geprägt und sollen erstmals beim Schloßgartenfest der Universität im Juli 1993 erhältlich sein. Die Sparkasse wird dort mit einem Stand vertreten sein. (. . .)

II. Veranstaltungen

(1) ab 1.05.1993

(. . .)

- Historische Einlage beim Schloßgartenfest
Etwa: Markgraf Friedrich trifft mit seiner Gemahlin in der Kutsche zum Schloßgartenfest ein und bringt in einer eisernen Schatztruhe die ersten silbernen Jubiläumstaler mit (die dann in der Eingangshalle käuflich erworben werden können. Ein Herold macht das den Ballgästen bekannt).
(Adresse für historische Kostüme, Kutsche usw.: Ansbacher Rokoko-Festspiele)
- Jubiläumsball der Studenten auf dem "Roten Platz" im Südgelände, Technische Fakultät
- Offizielle Vorstellung der Kleinen Universitätsgeschichte von Prof. Wendehorst (gegen Ende des Sommersemesters)
- Von Stadt und Universität gemeinsam getragen: Bürgerfest auf Markt- und Schloßplatz. Programm muß mit der Stadt noch geklärt werden. Vorabstimmung mit dem Kulturrat ist erfolgt. Es ist wichtig, daß das Jubiläum nicht nur eine Sache der Universität und der "Offiziellen" ist, sondern auch die Bürger der Stadt einbezogen sind. Zwei Jahrhunderte lang hat die Universität für die Stadt die zentrale Rolle gespielt, und für die Erlanger Bürger ist die Universität bis heute "das Schloß". Markt- und Schloßplatz sind deshalb historisch wie psychologisch der geeignete Ort für ein Bürgerfest zum Gründungsjubiläum der Universität. Ein Zusammenlegen mit dem städtischen Marktplatzfest wäre bei entsprechender Umorientierung sinnvoll.
- Erwägenswert: ein besonders gestalteter "Tag der offenen Tür" mit Volksfestcharakter auf dem "Roten Platz" im Südgelände. (. . .)

(3) Festwoche ab 30.10.1993

- Ökumenischer Festgottesdienst in der Universitätskirche (Neustädter Kirche). Der protestantische Charakter Erlangens wird durch den Ort hinreichend betont. Mit dem Universitätsprediger im Grundsatz geklärt.
- Aufführung eines geistlichen Chorwerks (Bach, Händel, Mozart) durch Chor und Orchester der Universität in der Neustädter Kirche (Prof. Opp gemeinsam mit Prof. Müllich, EWF)
- Evtl. Musik vom Bayreuther Hof, in der Aula (nach Rücksprache mit Prof. Ruhne und UMD Prof. Opp)
- 3.11.1993: Kranzniederlegung durch Rektor und Senat am Grabmal der Universität auf dem Neustädter Friedhof. "Den Toten der Friedrich-Alexander-Universität 1743-1993"
- Festakt am 4. November im Großen Saal der Stadthalle. (Frage: Wird ein Festredner benötigt? Wenn ja, sollte er kein Spezialisten-Thema behandeln.)
Spricht der Bundespräsident, sollte von Universitätsseite nur noch der Rektor sprechen.

Wenn möglich: Zug des Lehrkörpers, nach Fakultäten geordnet, vom Schloß über die Hauptstraße und Nürnberger Straße zur Stadthalle, an der Spitze die alten Insignien der Universität (an Talare ist nicht gedacht).
 Es entspricht dem dissoziierten, in Teilbereiche zerfallenen und auseinanderstrebenden Charakter der zum anonymen Großbetrieb gewordenen Universität, daß sie mit dem Ende der sechziger Jahre auf ihre öffentliche Selbstdarstellung stillschweigend verzichtet hat und sie nur noch in geschlossenen Räumen praktiziert. Universitäten haben jedoch ihre öffentliche Selbstdarstellung, zu der insbesondere der Zug des Lehrkörpers gehört, nicht von ungefähr entwickelt: So werden sie als Körperschaft in ihrer wichtigen Funktion für die Gesellschaft öffentlich wahrgenommen und entwickeln bzw. pflegen das entsprechende Selbstverständnis nicht nur als nachgeordnete Behörde des Wissenschaftsministeriums. (. . .)

- Empfang der Bayerischen Staatsregierung auf der Kaiserburg in Nürnberg. Der Ort bietet eine angemessene Umgebung und unterstreicht die Rolle der Stadt als Universitätsstandort. (. . .)
- Evtl. Theatervorstellung (gemeinsam mit GVE)
- Jubiläumsball der Universität in der Meistersingerhalle (als vorgezogener Winterball) mit Einlage in historischen Kostümen und mit historischen Tänzen (. . .)

III. Festschrift und Catalogus Professorum, I. Band

IV. Jubiläumsheft des Unikuriers

(u.a. mit Darstellung der Einbindung der Universität in die Region)

V. Prospekt und Veranstaltungskalender

VI. Heft der Zeitschrift "das neue Erlangen" zum Universitätsjubiläum

Stand: November 1990

Köbler



Karriere im Blickfeld

Heute planen und vorsorgen mit ZSH

- Bewerbungsstrategien
- Existenzgründungsberatung
- Vermögenswirksame Leistungen
- Private Krankenversicherung
- Altersversorgung
- Finanzierungskonzepte
- Betriebswirtschaftliche Analysen
- Absicherung des Betriebes
- Steuersparprogramme
- Baufinanzierungen, Bausparen

ZSH bietet unabhängige Entscheidungshilfe zur Optimierung Ihrer Berufsplanung. Diese Objektivität ermöglicht erst eine individuelle Versorgungsanalyse und die Ausarbeitung kostengünstiger Finanzierungssysteme.

Zech & Schneider - Helmholtz G m b H

Geschäftsstelle Erlangen
Ihre Ansprechpartner:
K. Eberwein, P. Koppe
Michael-Vogel-Str. 1 d
Tel.: 09131 / 26028

ZSH Leistung mit Sicherheit seit 1972
Termine bitte nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung